

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

4-2025

Spendenempfehlung: 4,00 €

Ausgabe Juli-August 2025

Redaktionsnotiz.....	3
Die Notwendigkeit des Historischen Materialismus.....	4
<i>Heinz Ahlreip</i> : Die Entstehung des historischen Materialismus als Entwicklungsprozess – und seine heutige Bedeutung.....	4
Iran, Israel, USA.....	6
<i>Marxistischer Arbeitskreis</i> : Notizen zum Charakter des Krieges zwischen dem Iran und Israel sowie zum Eingreifen der USA.....	6

Wochenberichte.....	23
<i>Marxistischer Arbeitskreis, Jürgen Geppert: Wochenberichte</i>	
vom 5. 5. – 21.6. 2025.....	
Beiträge zum deutschen Imperialismus.....	48
<i>Brigitte Dornheim: Dunkle Wolken ziehen über Deutschland</i>	
herauf, 2. Teil.....	
<i>www.secards.org: Abschlusserklärung der XVI. Konferenz</i>	
„Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“.....	
Kleines Schlaglicht auf den französischen Imperialismus zur Zeit	
der deutschen Besatzung.....	76
<i>German Foreign Policy: Rezension über „Industriels et</i>	
<i>banquiers français sous l’occupation“ von Annie Lacroix-Riz..</i>	
Hypothetische Zukunftsprojektion.....	79
<i>KI: Was wäre, wenn der RGW funktioniert hätte?.....</i>	
Aus der Leser/innen-Post.....	81
<i>Ralph: Zum Palästina-Text in der Mai-Juni-Ausgabe.....</i>	
<i>Tim Schoenmakers: Antwort an Ralph.....</i>	

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,

Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Homepage: www.offen-siv.net

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Die imperialistischen Widersprüche spitzen sich in steigendem Tempo zu. Das soll nicht heißen, dass sie neu seien oder dass es vor 20 Jahren oder vor 10 Jahren nur halb so schlimm war. Sicherlich nicht, der Unterschied ist, dass die Regierungen Trump (USA) und Merz (BRD) einen neuen Stil in die imperialistische Politik eingeführt haben. Weniger sanfte Rhetorik, weniger geräuschloses agieren im Hintergrund, weniger Verschleierung, stattdessen mehr Deutlichkeit, mehr Erpressungen und ein direkt kommuniziertes, agitatorisch unterfüttertes Einbeziehen des Krieges in die Staatsrhetorik. Gleichzeitig erleben wir eine weitere Offensive des Kapitals, um die Reste des ehemaligen „Sozialstaates“ zu schleifen. „Wir“ könnten uns die ganze „Sozialromantik“ nämlich nicht mehr leisten, heißt es dort. In diesem Zusammenhang sei nur kurz darauf hingewiesen, dass Deutschland über die viertstärkste Volkswirtschaft der Welt verfügt. „Rüstungsriese – Bildungszwerg“ hieß es schon Ende der 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Das gilt noch immer.

Kürzlich hat Israel den Iran angegriffen und die USA haben flankierend einen militärischen Angriff auf die Atomanlagen im Iran durchgeführt. Das ist der Grund dafür, dass unser Marxistischer Arbeitskreis trotz der Kürze der Zeit eine erste, sicherlich noch unvollkommene Arbeit über diese Situation und ihre Triebkräfte erstellt hat. Ihr findet sie zu Beginn dieses Heftes – nach einer kurzen Erinnerung an den historischen Materialismus. Wir planen für die nächste Ausgabe der offen-siv eine vertiefte Aufarbeitung der Hintergründe des abgelaufenen Prozesses. Mal sehen, wie uns das gelingt.

Neben dem Thema Nahost geht es in diesem Heft auch um andere Schauplätze des Imperialismus in Geschichte und Gegenwart. Aber seht selbst!

Zum Schluss dieser Redaktionsnotiz wie immer der Hinweis, dass Zeitungsmachen Geld kostet. Bitte vergesst unser Spendenkonto nicht.

Spendenkonto Offensiv:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,

IBAN: DE 07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.

Die Notwendigkeit des Historischen Materialismus

Heinz Ahlreip: Die Entstehung des historischen Materialismus als Entwicklungsprozess – und seine heutige Bedeutung

Im Gegensatz zu Hegel, der irrtümlich die Entwicklung des Geists als Grundlage der Weltentwicklung annahm, erklärte Marx und die sich seiner Lehre anschließenden Materialisten alles Geistige als aus der Materie herrührend. Seine dialektische Logik als dynamisch-gesetzmäßige Entwicklungslehre der Entwicklung der Produktivkräfte, der Produktionsinstrumente als dem revolutionärsten Element in der Produktion, besonders der in der technisch-industriellen Revolution, verdankt sich der historische Materialismus. Die bürgerlichen Geschichtsideologen gingen davon aus, dass ideelle Motive der Menschen als Quellen ihres politischen Handelns, ja ihres Handelns ganz allgemein dienen. Weiter ging man nicht, ging nicht zu den tieferliegenden materiellen Triebkräften. Man blieb eindimensional, fragte zum Beispiel nicht nach den Triebkräften der Triebkräfte.

Marx und Engels fanden den Grundirrtum der bürgerlichen Philosophen heraus, nämlich dass die Welt nicht, wie diese Philosophen meinten, primär von ideellen Motiven vorangetrieben wurden, sondern von den Fortschritten der Naturwissenschaften und der Industrie. Als Kompromiss stellte sich zunächst der Pantheismus ein, dass Gott und Natur eins seien sollten. Ideelles und Materielles kamen sich auf halben Weg entgegen. Zum zweiten ist zu bemerken, dass im Gegensatz zu den Historikern vor der Zeit des historischen Materialismus dessen Theoretiker - wie Marx und Engels - die Volksmassen als treibende Kräfte in den Focus der historischen Forschung rückten.

Überhaupt bewegt sich die Geschichte seit dem Ausgang des Mittelalters in dem Rahmen einer großen Frage: Bildet die Welt einen Komplex von Prozessen fertiger Dinge? Heute ist die Frage vor allem durch die technisch-industrielle Revolution eindeutig entschieden, aber auch die antiquierte Auffassung hatte ihre Berechtigung: erst mussten die einzelnen Dinge

untersucht werden, dann konnte man sich der Analyse einer durchgehenden kombinierten Prozessabfolge zuwenden.

Dass die Welt ein Komplex von Prozessen und nicht von fertigen Dingen ist, rückt natürlich die Entwicklungslehre in ihrer umfassendsten dialektischen Weise erst spärlich, dann mehr und mehr (vor allem seit Marx und Engels) in den Mittelpunkt der geistigen Auseinandersetzungen der Zeit.

Wir stecken in dieser heute mittendrin. Für die Marxisten-Leninisten gilt unbedingt, dass die Welt ein Komplex von Prozessen ist, während die bürgerlichen Konterrevolutionäre als reaktionäre Kraft prozessphilosophisch abweicht, wie sie politisch von den Grundprinzipien der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit abweicht, je mehr sie sich von 1789 entfernt und je mehr wir in die Phase der imperialistischen Dunkelheit mit der Vorbereitung von Völkermorden in den Dunkelkammern der Geheimdienst eintauchen.

Den Dialektikern kommt ihre Lehre vom Umschlag der Gegensätze ineinander zugute. Während heute die widerlichen Ideologen der BRD spatzengleich das hohe Lied der Menschenrechte von allen TV-Dächern trällern, weisen Untersuchungen der Menschenrechtslage vom gesellschaftswissenschaftlichen, vom marxistisch-leninistischen Standpunkt gesehen aus, dass die Menschenrechte von morgens bis abends (und in den großen Fabrikstädten auch die Nacht hindurch) mit Füßen getreten werden. Von der Vorbereitung imperialistischer Kriege ganz zu schweigen. Die Kapitalisten ziehen den Arbeitern das Fell über beide Ohren. Für die Kinder der Kapitalisten stehen Nobelinternate zur Verfügung, während die Kinder des arbeitenden Volkes mit stinkenden Schultoiletten vorliebnehmen dürfen. Für die Kapitalisten stehen riesige Gewinnen der Rüstungsindustrie bereit, während die Proletarier als Kanonenfutter angeworben werden.

Die materialistische Dialektik tritt sofort destruktiv gegen jeden Absolutheitsanspruch auf, gegen alles, was als 'Heiliges' auftritt außer dem einen unfehlbaren ununterbrochenen und unendlichen Prozess selbst. Die Dialektik ist die Wissenschaft von den allgemeinen Gesetzen der Bewegung - sowohl der äußeren Welt als auch das menschliche Denken.

Lenin dazu: "Eine Entwicklung, die die bereits durchlaufenen Stadien gleichsam noch einmal durchmacht, aber anders, auf höherer Stufe ('Negation der Negation'), eine Entwicklung, die nicht geradlinig, sondern sozusagen in

der Spirale vor sich geht, eine sprunghafte, mit Katastrophen verbundene revolutionäre Entwicklung, Abbrechen der Allmählichkeit, Umschlagen der Quantität in Qualität, innere Entwicklungsantriebe, ausgelöst durch den Widerspruch, durch Zusammenprall der verschiedenen Kräfte und Tendenzen, die auf einen gegebenen Körper einwirken oder in den Grenzen einer gegebenen Erscheinung oder innerhalb einer gegebenen Gesellschaft wirksam sind, gegenseitige Abhängigkeit und engster, unzertrennlicher Zusammenhang *aller* Seiten jeder Erscheinung (wobei die Geschichte immer neue Seiten erschließt), ein Zusammenhang, der einen einheitlichen gesetzmäßigen Weltprozess der Bewegung ergibt - das sind einige Züge der Dialektik... .“

(Lenin, Karl Marx. Lenin Werke, Band 21, Dietz Verlag Berlin, 1960, S. 42f.).

Iran, Israel, USA

***Marxistischer Arbeitskreis:* Notizen zum Charakter des Krieges zwischen dem Iran und Israel sowie zum Eingreifen der USA**

Vorwort

Wir beziehen uns hier auf die vollkommen richtige Einsicht, dass der Kapitalismus in seinem höchsten und letzten Stadium, dem Imperialismus, gesetzmäßig und damit immer wieder aufs Neue zu Kriegen führt mit dem Zweck, die imperialistischen Konkurrenten zu schwächen und eine Neuordnung der Einflussgebiete, der Zugänge zu Rohstoffen, zu Verkehrswegen, zu Märkten vorzunehmen. Wir wollen diese Einsicht aber nicht abstrakt stehen lassen, sondern am konkreten Fall anwenden. Das deshalb, weil diese allgemeine Einsicht durchaus von vielen geteilt wird, die gleichen Personen im konkreten Kriegsfall aber sehr gern von „Kriegstreibern“, „Rüstungswahn“, „Militarismus“, von „Dreckskerlen“ und „Siegestaumel“, von „mafiösen Argumenten“ und „verfehlter Staatspolitik“ etc pp. sprechen bzw. schreiben. Das ist so oberflächlich wie falsch, denn

nicht Moral, Gesinnung oder irgendwelche Geistesstörungen sind die Ursache für die imperialistischen Kriege, nein, die Ursache ist in der ökonomischen Entwicklung des gesamten imperialistischen Gefüges zu suchen. Wenn Kommunisten richtig handeln wollen und sich nicht damit zufriedengeben, beispielsweise Israel als ein „genozidales Regime“ oder die deutsche Regierung als vom „Rüstungswahn“ besessen zu bezeichnen, muss man wissen, von welchen tatsächlichen Triebkräften warum der Krieg ausgelöst wird.

Wir haben die Arbeit nach den folgenden fünf Punkten gegliedert

1. Internationale Ölexporte, die Region um den Persischen Golf und deren globale Bedeutung.
2. Iran: Ölexporte, Kapitalstruktur und die Bedeutung der Straße von Hormus.
3. Charakter der Beziehungen zwischen dem Iran und China.
4. Das Bündnis der BRICS-Staaten.
5. Interessen der USA und Israel im Iran.

1. Internationale Ölexporte, die Region um den Persischen Golf und deren globale Bedeutung

Etwa 33 % des weltweit gehandelten Rohöls stammen aus der Golfregion. Rund 20-21 Mio Barrel pro Tag (bpd¹) passieren die Straße von Hormus – damit ist sie die wichtigste Öltransportroute der Welt.² Pipelineprojekte wie Saudi-Arabiens East-West-Pipeline oder die VAE-Pipeline durch Fujairah sollen die Abhängigkeit vom Transportweg durch die Straße von Hormus mindern, können sie aber nicht vollständig ersetzen.³

Die wichtigsten Erdölexporteure – 2023/2025

¹ bpd = barrels of oil per day (barrel = 159 Liter)

² U.S. Energy Information Administration (EIA), The Strait of Hormuz is the world's most important oil transit chokepoint. <https://www.eia.gov/todayinenergy/detail.php?id=4430>

³ Katanich, D., Euronews, Why the Strait of Hormuz remains critical for the global economy, 24.06.2025. <https://www.euronews.com/business/2025/06/23/why-the-strait-of-hormuz-remains-critical-for-the-global-economy>

Saudi-Arabien: Saudi-Arabien exportiert etwa 15 % der globalen Rohölmengen und bleibt damit der führende Öl-Exporteur.⁴ Täglich sind das ca. 7,3 Mio Barrel (bpd) - laut aktuellen Schätzungen für 2025.⁵

Russland: Russland hat rund 10 % Anteil am globalen Öl-Exportmarkt⁶ Das sind täglich ca. 4,8 Mio bpd, Russland ist führend im Export über Pipelines nach China und Indien trotz Sanktionen.⁷

Kanada: Kanadas Anteil am internationalen Ölhandel beträgt etwa 8 %, ca. 2,8–3,35 Mio bpd. täglich, Kanada liefert vor allem in die USA.

Vereinigte Arabische Emirate: Die VAE exportieren etwa 3,1 Mio bpd. täglich.⁸

USA: Die USA exportieren täglich rund 3 Mio bpd, was einem Anteil von ca. 8 % an den globalen Exporten entspricht.⁹

Der Iran: Der Iran exportiert täglich ca. 1,8 Mio bpd, vor allem nach China.

OPEC-Mitgliedsländer insgesamt: Die OPEC-Mitgliedsstaaten exportierten 2024 durchschnittlich 19,01 Mio bpd Rohöl (das waren 3,5 % weniger als 2023), davon 71,9 % nach Asien.¹⁰ Eine Zahl vom laufenden Jahr 2025: Der

⁴ Wikipedia, Erdöl/Tabellen und Grafiken, 26.11.2004. https://de.wikipedia.org/wiki/Erdöl/Tabellen_und_Grafiken

⁵ Tatiparthi, C., Bigtvlive English, Top 10 oil exporting nations in 2025, 22.06.2025. <https://english.bigtvlive.com/business/top-10-oil-exporting-nations-in-2025>

⁶ Statista, Verteilung des globalen Erdölexports nach Ländern 2023, 13.01.2025. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1324764/umfrage/anteilsverteilung-des-globalen-erdoelexports-nach-laenden/>

⁷ Statista, Ranking der größten Erdölexporteure weltweit 2023, 20.06.2025. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/227060/umfrage/die-groessten-oelexporteure-weltweit/>

⁸ Wikipedia, Erdöl/Tabellen und Grafiken.

⁹ Tatiparthi, C., Bigtvlive English, Top 10 oil exporting nations in 2025.

¹⁰ Organization of the Petroleum Exporting Countries (OPEC), Milestone 60th Edition of OPEC's Annual Statistical Bulletin (ASB- 2025) launched on 2 July 2025, 02.07.2025. <https://www.opec.org/pr-detail/568-2-july-2025.html>

OPEC-Output stieg im Juni um 270 000 bpd, auf insgesamt 27,02 Mio bpd – getrieben durch Saudi-Arabien (+200 000 bpd) und die VAE.¹¹

Fazit:

Saudi-Arabien bleibt mit Abstand größter Rohöl-Exporteur (ca. 15 % des Weltmarkts). Russland, trotz Sanktionen, hält die zweite Position. Es folgen Kanada, USA und UAE sowie Iran, alle zusammen bilden eine stabile Top-Sechs. Geopolitische Spannungen (Sanktionen, unsichere Handelsrouten, Drittländer-Zölle) beeinflussen die Exportströme stark – besonders im Falle Russlands und im Verhältnis zwischen der USA und China.¹²

Internationale Ölimporte

Wichtige Importeure von Öl (Stand: 2023/2024)

<u>Importstaat</u>	<u>Importmenge</u>	<u>Hauptlieferanten</u>
China	10–11 Mio. bpd.	Russland, Iran, Saudi-Arabien, Angola
USA	6–7 Mio. bpd.	Kanada, Mexiko, Saudi-Arabien
Indien	4–5 Mio. bpd.	Russland, Irak, Iran, Saudi-Arabien
Japan	3 Mio. bpd.	Saudi-Arabien, UAE, Kuwait
Deutschland	< 1 Mio. bpd.	Norwegen, Kasachstan, OPEC-Länder

2. Iran: Ölexporte, Kapitalstruktur und die Bedeutung der Straße von Hormus

Irans Ölexport:

Der Iran produziert aktuell etwa 3,3 Mio bpd täglich, wovon ca. 1,5–2 Mio bpd exportiert werden – primär an China über Schattenrouten, oft als

¹¹ Alex Lawler, Reuters, OPEC oil output rises in June on Saudi and UAE hikes, Reuters survey finds. 04.07.2025. <https://www.reuters.com/business/energy/opec-oil-output-rises-june-saudi-uae-hikes-reuters-survey-finds-2025-07-04/>

¹² Hexn, Top 10 Oil Exporting Countries: Key Players in the Global Oil Trade, 27.10.2023. <https://hexn.io/blog/top-10-oil-exporting-countries-key-players-in-the-global-oil-trade-1101>

malaysisches oder omanisches Öl deklariert¹³. Der formell staatliche Ölsektor wird durch Netzwerke der Revolutionsgarden (IRGC) kontrolliert. Diese fungieren als Teile des iranischen Monopolkapitals.

Die Straße von Hormus ist für den Iran ein wichtiger Ausfuhrweg, kann aber auch als Druckmittel gegen andere imperialistische Staaten eingesetzt werden.¹⁴ Alternative Exportwege zur Straße von Hormus sind begrenzt: VAE (Fujairah-Pipeline), Saudi-Arabien (Petroline), Irak-Türkei-Pipeline (ITP), israelische Eilat-Ashkelon Pipeline. Letztere kann Golf-Öl aus dem Roten Meer zum Mittelmeer leiten. Keine realistische Alternative kann derzeit die ökonomische und strategische Rolle der Straße von Hormus ersetzen. Ihre Blockade hätte unmittelbar globale Energiemarktfolgen.

Hier eine Übersichtskarte:



¹³ Alex Lawler, Reuters, Iran's oil exports hit 5-year highs as US holds nuclear talks, 16.06.2023. <https://www.reuters.com/markets/commodities/irans-oil-exports-output-hit-five-year-highs-us-holds-nuclear-talks-2023-06-16/>

¹⁴ EIA, The Strait of Hormuz, o. D.

Im Februar und März 2025 konnte der Iran seine Ölexporte um rund 50 % steigern – von etwa 1,2 auf über 1,7 Mio bpd. Die überwiegende Mehrheit der Ausfuhren läuft über Kharg Island (ca. 96 %) und per VLCC-Tanker¹⁵ (mehr als 91 %)¹⁶. Iran nutzt eine sogenannte "shadow fleet": Tanker manipulieren AIS-Signale und führen Schiffs-zu-Schiffs-Transfers durch, um die Herkunft zu verschleiern.¹⁷

Es gibt neueste US-Sanktionen (03. Juli 2025): Die USA haben Netzwerke und Tanker sanktioniert, die am Handel mit iranischem Öl beteiligt sind, um Einnahmen für Teherans "Schattenflotte" und Hisbollah zu blockieren. Trotz solcher US-Maßnahmen gelingt es dem Iran dank Schattenflotte und asiatischer Abnehmer (insbesondere China) seine Exporte aufrechtzuerhalten.¹⁸

Kapitalfraktionen im Iran

Im Iran existieren verschiedene Kapitalfraktionen, die sich entlang von ökonomischen und aus diesen resultierenden politischen und ideologischen Linien gliedern. Diese Gruppen konkurrieren um Macht, Ressourcen und Einfluss auf die Wirtschaftspolitik. Die wichtigsten Fraktionen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Staatskapitalistische Fraktion

Akteure: Revolutionsgarden (IRGC/Pasdaran), große staatlich kontrollierte Konzerne, religiöse Stiftungen (Bonyads). Sie kontrollieren die zentralen Wirtschaftssektoren (Bau, Energie, Telekommunikation, Öl- und Rohstoffindustrie, Rüstung) und profitieren von Regierungsaufträgen und Subventionen. Zusätzlich sind sie eng mit dem Sicherheitsapparat und der religiösen Führung verbunden. Beispiele: Khatam al-Anbiya (Ingenieurkorps der IRGC, also der Islamischen Revolutionsgarden), Bonyad-e Mostazafan. Der Einfluss der IRGC auf die iranische Wirtschaft ist tiefgreifend. Insbesondere die Stiftung Bonyad-e Mostazafan und das Firmen-Konglomerat

¹⁵ Ein VLCC-Tanker, kurz für Very Large Crude Carrier, ist ein sehr großer Rohöltanker, der in der Regel etwa zwei Millionen Barrel Öl transportieren kann.

¹⁶ spglobal.com+15investing.com+15investing.com+15investing.com.

¹⁷ en.wikipedia.org+en.wikipedia.org+en.wikipedia.org.

¹⁸ en.wikipedia.org+en.wikipedia.org.)

Khatam al-Anbiya sichern ihr bedeutende wirtschaftliche Macht. Letzteres macht die IRGC zu einem wichtigen Akteur in der Öl- und Rohstoffindustrie sowie in der Rüstungsindustrie. Schätzungen zufolge kontrollierte die IRGC bereits vor der Aufhebung der Sanktionen durch das JCPOA (Rahmenabkommen über das Iranische Atomprogramm) rund ein Drittel der iranischen Wirtschaftsleistung. Heutige Schätzungen gehen von einem Anstieg des Anteils auf bis zu 80% aus.

2. Rentierkapitalistische Fraktion¹⁹

Akteure: Profiteure von Öl- und Gasrenten. Sie haben eine enge Verbindung zum staatlichen Ölsektor, oft überlappend mit staatlich-bürokratischen oder militärischen Eliten. Sie sind nicht produktiv orientiert, sondern abhängig von Rohstoffverkäufen.

3. Handelskapitalistische Fraktion (Bazar-Fraktion)

Akteure: Traditionelle Händlerfamilien, Kaufleute, Importeure. Seit der Monarchiezeit haben sie eine enge Verbindung zu konservativen Klerikern. Sie sind stark von Importen abhängig, trotzdem nehmen sie zumeist Stellung gegen eine wirtschaftliche Öffnung zugunsten von Industrialisierungen.

4. Mittelständige und kleine Unternehmen

Akteure: Die neue Mittelschicht, kleinere und mittlere Unternehmen (KMUs), Technokraten. Sie befürworten in der Mehrheit eine wirtschaftliche Liberalisierung und eine stärkere Integration in die Weltwirtschaft. So haben sie auch die (vorsichtigen) Reformen der Regierungen Khatami oder Rouhani unterstützt. Sie setzen sich für Privatisierungen und internationale Investitionen ein. Damit sind sie den konservativen Kräften ein Dorn im Auge und werden immer wieder mit Sanktionen belegt.

Die Wirtschaft des Iran ist stark von politischen Machtkämpfen zwischen Kapitalfraktionen geprägt. Die Revolutionsgarden dominieren zunehmend durch ihre militärisch-wirtschaftliche Macht, während andere Gruppen (wie

¹⁹ Damit sind diejenigen Kapitalfraktionen gemeint, die Lenin in seiner bekannten Imperialismusschrift als „Couponschneider“ bezeichnete.

die Reformkräfte oder traditionelle Händler) an Einfluss verlieren – besonders seit der Verschärfung westlicher Sanktionen und der zunehmenden Isolation.

Kapitalexport aus dem Iran

Kapitalabfluss aus dem Iran – eine Übersicht

Kapitalflucht

Es herrscht eine anhaltend hohe Kapitalflucht. Laut einem iranischen Handelsvertreter flossen allein zwischen März und Juni 2022 rund 10 Mrd \$ aus dem Land.²⁰ In dem Zeitraum 2005–2020 summierte sich der Kapitalabfluss auf etwa 171 Mrd \$.²¹ Ein aktuelles Beispiel: Die Zentralbank meldete für den Zeitraum von März 2022 bis März 2023 ein negatives Kapitalbilanzsaldo von ca. 15 Mrd \$. Die Ursachen dafür sind Misstrauen in die politische Stabilität und in die wirtschaftlichen Strukturen. Das führt zu vermehrtem Vermögenstransfer ins Ausland.²² Die hohe Inflationsrate und das Währungsdevisenregime treiben zusätzlich private Investitionen ins Ausland, z. B. in Immobilien in der Türkei oder den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Finanzinvestitionen und Direktinvestitionen im Ausland

Finanz- und Direktinvestitionen aus dem Iran im Ausland umfassen Beteiligungen an Automobilfabriken, Petrochemie, Energieprojekten sowie Immobilien- und Finanzanlagen (z. B. in Europa, MENA²³, USA).²⁴ Zusätzlich führen westliche Sanktionen zu Netto-Kapitalabflüssen, da ausländische Direktinvestitionen in den Iran zurückgingen und die Kapitalflucht aus dem Iran verstärkt wurde.²⁵

Flucht von so genanntem „Humankapital“, also Arbeitskräfteabwanderung

²⁰ welt.de+ 15iranintl.com+15iranfocus.com+15

²¹ iraniancongress.news

²² de.statista.com+1welt.de+1

²³ Naher Osten und Nordafrika

²⁴ iranintl.com+5en.wikipedia.org+5de.statista.com+5

²⁵ statista.com

Die Abwanderung gut ausgebildeter Fachkräfte („Brain Drain“) kostet das Land jährlich schätzungsweise dieselbe Summe, wie die Öl-Einnahmen einbringen, also ca. 38 Mrd \$ pro Jahr laut IMF-Daten.²⁶

Kapitalimport in den Iran – eine Übersicht

Allgemeines:

Nach UNCTAD belief sich der Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen (FDI) in den Iran im Jahr 2022 auf ca. 1,5 Mrd \$ - ein Anstieg von 5 % gegenüber 2021, als es 1,425 Mrd \$ waren.²⁷

Hauptinvestoren und Sektoren

Russland ist der größte Investor im Iran²⁸, gefolgt von China, der Türkei und den Vereinigten Arabischen Emiraten.²⁹

Die Top-Sektoren ausländischer Direktinvestitionen sind Öl und Gas mit etwa 41 %, gefolgt von Investitionen in die Industrie, den Bergbau und die Metallverarbeitung.³⁰

Eigentumsverhältnisse im Iran

Die Eigentumsverhältnisse im Iran sind durch eine Mischung aus staatlichem, halb-staatlichem und privatem Besitz geprägt – mit starkem Einfluss religiöser Stiftungen und Sicherheitsorgane. Hier ein grober Überblick:

Staatliches Eigentum

Ein Teil der Wirtschaft ist staatlich oder halbstaatlich kontrolliert. Die Islamische Republik übernahm nach der Revolution 1979 einen Teil der Unternehmen, die vorher in Privatbesitz waren, in Staatsbesitz. Verstaatlichungen gab es im Banken- und Versicherungssektor, bei der Öl- und Gasindustrie sowie in den Sektoren Stahl, Zement, Automobilbau und Bergbau

²⁶ irannewsupdate.com+5en.wikipedia.org+5welt.de+5.

²⁷ reddit.com+12tehrantimes.com+12en.eghtesadonline.com+12; en.mehrnews.com+2financialtribune.com+2tehrantimes.com+2.

²⁸ iranintl.com+5financialtribune.com+5reddit.com+5

²⁹ tehrantimes.com+3financialtribune.com+3tehrantimes.com+3

³⁰ en.wikipedia.org+5tehrantimes.com+5presstv.ir+5

Halbstaatliche und parastaatliche Eigentümer

a.) Bonyads (religiöse Stiftungen). Mächtige Organisationen wie die „Mostazafan Foundation“, Astan Quds Razavi, oder Foundation of Martyrs kontrollieren riesige Vermögenswerte (Immobilien, Fabriken, Handelsfirmen) und sind nicht rechenschaftspflichtig gegenüber dem Parlament oder der Regierung. Schätzungen gehen davon aus, dass Bonyads bis zu 20 % des BIP kontrollieren.

b.) Islamische Revolutionsgarde (IRGC / Sepah) sind über ihre Holding Khatam al-Anbia aktiv im Bauwesen, Infrastruktur, Öl und Gas, Telekommunikation. Sie besitzen oder kontrollieren Hunderte von Firmen – direkt oder über Strohleute.

Privates Eigentum

Es existiert ein privater Sektor, jedoch nicht unreguliert. Privatpersonen können Eigentum besitzen: Immobilien, landwirtschaftliche Flächen, Autos, KMU (Kleine und mittlere Unternehmen), auch Großunternehmen. Ausländisches Eigentum unterliegt einigen Regulierungen – v. a. bei Immobilien, Land und strategischen Industrien.

Privatpersonen können auch mit Immobilien handeln, Grundbesitz vererben oder veräußern, Unternehmen (z. B. Shops, Firmen) gründen. Auch Frauen können Eigentum besitzen.

Die Arbeiterklasse im Iran

Die Arbeiterklasse im Iran ist ein zentraler Bestandteil der Gesellschaft und der Wirtschaft, aber sie steht unter erheblichem sozialem, ökonomischem und politischem Druck. Wir geben einen kurzen Überblick über ihre Struktur und Lebensrealität.

Struktur der Iranischen Arbeiterklasse

Die iranische Arbeiterklasse besteht aus Industriearbeitern, Bauarbeitern, Transportarbeitern, Landarbeitern, Fabrikarbeitern, Dienstleistungsarbeitern, Reinigungskräften, Arbeitern im Hotel- und Lieferdienst. Viele dieser Beschäftigten sind nicht fest angestellt, sondern über Werkverträge, Subunternehmen oder tageweise Beschäftigung eingebunden.

Löhne und Arbeitsbedingungen

Der offizielle Mindestlohn belief sich, Stand 2024, auf ca. 82 Mio. Rial/Monat, was etwa 120–150 USD entspricht. Die Armutsgrenze liegt laut Gewerkschaften bei über 200 USD. Es gibt keine staatliche Sozialversicherung. Unabhängige Gewerkschaften sind nicht erlaubt, sondern nur staats- bzw. religionsnahe. Bezahlbarer Wohnraum ist knapp und ein großes Problem ist die hohe Inflationsrate im Land.

3. Charakter der Beziehungen zwischen dem Iran und China

Wirtschaftliche Kooperation

Die Volksrepublik China ist heute für den Iran der wichtigste Wirtschafts- und Handelspartner. Der offizielle Handel zwischen beiden Staaten lag 2022 bei knapp 20 Milliarden US-Dollar (2014 waren es noch 66 Milliarden US-Dollar). Er war in der Vergangenheit stark vom Ölpreis und den Sanktionen gegen den Iran abhängig. China ist der größte Abnehmer von iranischem Erdöl, 58 % aller iranischer Rohölexporte gingen 2022 nach China.

Die Volksrepublik China hat dem international isolierten Staat die Mitgliedschaft in dem Bündnis der BRICS-Staaten ermöglicht. Die Wirtschaftsbeziehungen wurden weiter ausgebaut. 2023 führte der chinesische Staatschef Xi den Iran in die Shanghai Cooperation Organization (SCO), ein Treffen eurasischer Staaten, die in Sicherheitsfragen politisch enger zusammenarbeiten wollen. China hat auf die Teilnahme Irans an der Runde der BRICS-Staaten gedrängt. China ist in beiden Organisationen das Zentrum und sieht sie als Gegengewicht zu den USA und der EU.

Beide Länder arbeiten auch eng bei der Entwicklung von Infrastruktur zusammen, so war das chinesische Unternehmen Norinco am Bau der U-Bahn Teheran beteiligt. Es basiert auf einer 25-jährigen strategischen Partnerschaft. China investiert auch massiv in die iranische Infrastruktur, den Verkehr und die Seehäfen. Im Gegenzug soll der Iran sein Öl regelmäßig zu stark reduzierten Preisen liefern, China investiert 400 Milliarden US-Dollar in die petrochemische Industrie des Irans.

2017 hat China den Iran als das Zentrum seiner Seidenstraßen-Initiative festgelegt. So ist geplant Ürümqi mit Teheran per Bahn zu verbinden und eine Verbindung zwischen Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan und Turkmenistan herzustellen (Fünf-Nationen-Eisenbahn). Bei einem Testlauf im Jahr 2016 dauerte es 12 Tage, um Fracht von Shanghai nach Teheran zu befördern, während es auf dem Seeweg 30 Tage gedauert hätte. China setzt seinen eingeschlagenen Weg, seine Position als eigenständige ökonomische und politische Weltmacht auszubauen, kontinuierlich fort. Während der Westen weiterhin auf Sanktionen und wirtschaftliche Isolation setzt, schaffen China und der Iran Fakten: Mit der Ankunft des ersten Güterzugs aus der ostchinesischen Stadt Xian am Trockenhafen Aprin bei Teheran wurde eine neue kommerzielle Eisenbahnstrecke offiziell in Betrieb genommen. Diese Entwicklung markiert einen weiteren Schritt in der systematischen Umgehung westlicher Wirtschaftsblockaden und zeigt eindrucksvoll, wie sich die globalen Machtverhältnisse verschieben und neue imperiale Blöcke entstehen.

Am 12. Mai 2025 trafen sich dazu Eisenbahnvertreter aus Iran, China, Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan und der Türkei in Teheran, um ein transkontinentales Schienennetz voranzutreiben, das Asien mit Europa verbindet. Die sechs Nationen einigten sich auf wettbewerbsfähige Tarife und Betriebsstandards, um regionale Schienenverkehrsdienste zu optimieren und die Handelskonnektivität zu stärken. Diese neue Eisenbahnverbindung ist mehr als nur eine Transportroute. Sie ist Teil der Ablösung der seit rund 70 Jahren klassischen imperialistischen Führungsmächte (USA/EU) durch neu entstandene Konkurrenten, also China, Indien, Iran usw., die alle in der Vergangenheit kolonial unterdrückt waren und Russland als ehemaliger Teil der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken.

Die Ausweitung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen China und Iran in den letzten Jahren ist kein Zufall. Der Iran sucht gezielt nach Wegen, die US-Wirtschaftssanktionen zu umgehen, die darauf abzielen, die iranische Wirtschaft und den iranischen Ölexport zu erdrosseln. Die neuen Verkehrswege, vor allem die Neue Seidenstraße mit ihren Verästelungen ermöglichen nicht nur iranische Ölexporte nach China, sondern erlaubt es auch, Waren nach Europa zu exportieren, ohne der Gefahr einer Intervention durch die US-Marine ausgesetzt zu sein.

"Iran sollte nach Osten und nicht nach Westen schauen", erklärte der iranische Oberste Führer Ali Khamenei bereits 2018 – eine Aussage, die sich als wegweisend erwiesen hat.

Seitdem ist China zum größten Ölabnehmer des Iran geworden, während Peking Teheran mit praktisch allen benötigten Industriegütern versorgt, einschließlich Elektronik wie Computer und Mobiltelefone.

Die politische Einflussname und die wachsenden Beziehungen Chinas zum Iran trugen 2023 dazu bei, eine saudisch-iranische Annäherung zu vermitteln, die zur Wiederaufnahme der 2016 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen führte. Diese Entwicklung zeigt, wie China zunehmend als Vermittler im Nahen Osten auftritt und so den spaltenden Einfluss des „Westens“ zurückdrängt zugunsten einer eigenständigen, notwendigerweise gemeinsamen Großmachtentwicklung in der Region.

Militärische Zusammenarbeit

Die militärische Zusammenarbeit zwischen China und dem Iran ist in den vergangenen Jahren immer enger geworden. Ein Manöver im März führte den Stand der Beziehungen vor Augen: Gemeinsam mit Kriegsschiffen Russlands und China hielt Irans Marine eine Übung im Golf von Oman ab.

Diese militärischen Beziehungen erregten schon in den 1990er Jahren die Aufmerksamkeit der USA. In den Jahren 1984–1986 wurden von China an den Iran Waffen im Wert von ein bis zwei Milliarden Dollar verkauft, und 1986 erwarb der Iran in China hergestellte Boden-Boden-Raketen. Durch den Besitz dieser Raketen ist der Iran in der Lage, die Straße von Hormuz und den gesamten Seehandel der Golfstaaten zu beeinflussen und zu stören. Durch eine enge politische Partnerschaft beider Staaten wurden die militärischen Beziehungen ab 2000 weiter vertieft und 2017 hielten beide Streitkräfte erstmals gemeinsame Seemanöver ab. Sie begannen 2019 mit gemeinsamen Marineübungen im Indischen Ozean und im Gebiet des Golfs von Oman. Und im Januar 2022 hielten der Iran, China und Russland ihre dritte gemeinsame Marineübung im nördlichen Indischen Ozean ab.

Kernenergie

Zwischen dem Iran und China besteht seit den 1980er Jahren auch eine Zusammenarbeit im Bereich der Kernenergie. Das 1992 geschlossene

Abkommen zum Bau zweier chinesischer Atomkraftwerke wurde aber nicht verwirklicht.

Am 13. Juni 2025 griff Israel mit amerikanischer und deutscher Unterstützung die Republik Iran an.

China verurteilte den Überfall. In den Pressekonferenzen des Außenministeriums in Peking fordern die Sprecherinnen und Sprecher insbesondere die Regierung in Jerusalem regelmäßig auf, die Angriffe zu stoppen. Klare Worte in Richtung Israel gab es auch von Chinas Außenminister Wang Yi: Der israelische Angriff auf den Iran verstoße gegen das Völkerrecht und verletzte die Souveränität und Sicherheit des Iran.

Die USA haben in der Nacht zum 22.06. aktiv in den Krieg zwischen Israel und dem Iran eingegriffen. Das amerikanische Militär griff dabei drei iranische Atomanlagen an: die unterirdische Uran-Anreicherungsanlage in Fordo sowie Einrichtungen in Natans und Isfahan. Nach dem Überfall der USA auf den Iran hat dieser die Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA ausgesetzt. Präsident Massud Peseschkian hat ein entsprechendes Gesetz in Kraft gesetzt.

Russland und der Iran haben danach während eines Treffens mit der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) über das iranische Atomprogramm gesprochen, wie die chinesische staatliche Nachrichtenagentur Xinhua berichtete. Der Iran ist diesbezüglich zu Gesprächen mit Vertretern anderer Länder bereit.

4. Das Bündnis der BRICS-Staaten

Der Iran ist Mitglied des BRICS-Bündnisses. Deshalb wollen wir hier einen kurzen Blick auf dieses Bündnis und seine Einbettung in die Weltwirtschaft werfen. Das BRICS-Bündnis ist ein Zusammenschluss für wirtschaftliche Koordination, Austausch und Zusammenarbeit. BRICS will ein Gegengewicht sein zur wirtschaftlichen Vormachtstellung des „Westens“, also der USA und der EU. Die Gründungsmitglieder waren Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika. Seit dem 1.1.2024 gehören zu den BRICS-Mitgliedern auch Ägypten, Äthiopien, Iran und die Vereinigten Arabischen Emirate. Am 1.1.2025 ist Indonesien als weiteres Vollmitglied beigetreten. Saudi-Arabien

wurde eingeladen und erwägt den Beitritt. Venezuela bemüht sich um die Aufnahme, hat aber mit dem Widerstand Brasiliens zu kämpfen.

Das BRICS-Bündnis vereinigt eine starke Wirtschaftskraft. Die Statistik über den Anteil am globalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) zeigt das deutlich:

Anteil der aktuellen BRICS-Staaten am globalen BIP: ca. 45 %

Anteil der USA am globalen BIP: ca. 15 %

Anteil der EU am globalen BIP: ca. 14 %

Ähnlich sieht es mit dem Wirtschaftswachstum aus. Hier die Wachstumsdaten für die Jahre 2023 bis 2025 (für 2025 handelt es sich um eine Prognose):

Jahr	USA	EU	China	Indien	Russland	Brasilien	Südafrika
2023	2,1%	0,5%	5,2%	6,5%	3,0	2,9%	0,9%
2024	2,0%	1,0%	5,0%	6,3%	2,5%	2,5%	1,2%
2015	1,8%	1,2%	4,8%	6,0%	2,0%	2,0%	1,5% ³¹

Der „Westen“ beherrscht trotz dieser etwas flauen Wachstumsraten noch immer die weltweit wichtigsten ökonomischen Institutionen wie die Welthandelsorganisation (WTO) und den Internationalen Währungsfonds (IWF), die beide einen starken Einfluss auf die Entwicklung der Weltwirtschaft ausüben. Und mit der NATO verfügen die USA/EU über das weltweit stärkste Militärbündnis.

Die BRICS-Staaten versuchen, eine Gegenmacht aufzubauen, indem sie parallele Strukturen schaffen: die Gründung der BRICS-Bank, die partielle Umstellung des Handels auf Rupie, Rubel bzw. Yuan und die Schaffung von Rohstoffbörsen in regionalen Währungen. Daran arbeiten vor allem China, Russland, der Iran und Saudi-Arabien. Das erklärte Ziel ist es, den Dollar als Weltleitwährung mittelfristig abzulösen. Hier deutet sich ein strategischer, die seit rund 70 Jahren gültige Architektur des Imperialismus umstürzender Wandel an. Dass das nicht friedlich von statten gehen kann ist selbstverständlich. Der Angriff Israels und der USA auf den Iran wird wahrscheinlich nur ein Vorgeplänkel gewesen sein. Zumindest zeigt die

³¹ Beide Statistiken: statista.de

Geschichte, dass Umschichtungen im imperialistischen Gefüge selten ohne Waffengewalt bewerkstelligt werden.

Uns muss klar sein: BRICS ist ein mit den USA und der EU konkurrierendes kapitalistisches Wirtschaftsbündnis, das, wie oben dargestellt, zur Zeit wesentlich höhere wirtschaftliche Wachstumsraten zu verzeichnen hat, das über reiche Rohstoffvorkommen verfügt, das über starke militärische Kräfte verfügt und das in absehbarer Zukunft auch ein gemeinsames Militärbündnis wird ins Leben rufen müssen, um seinen Zielen näher zu kommen. Und uns muss klar sein: Daran ist nichts Fortschrittliches. Das ist das ganz normale Geschehen, welches der Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium hervorbringt, ähnlich dem, was in Europa in kleinerem Maßstab Ende des 19. und Anfang bis Mitte des 20. Jahrhundert zwischen Frankreich, Großbritannien und Deutschland geschehen ist. Nur mit einem Unterschied: Der Imperialismus hat inzwischen den gesamten Globus in seinen Klauen und dem entsprechend haben die Konkurrenzkämpfe eine ganz andere Größenordnung als damals.

5. Interessen der USA und Israels im Iran

Das von den USA und Israel angeprangerte Atomwaffenprogramm des Irans spielt im gegenwärtigen Krieg Israel–Iran eine eher untergeordnete Rolle. Zentral sind dagegen konkrete Verwertungsinteressen im Iran. Man will den Iran als lästigen Konkurrenten auf dem Weltmarkt loswerden oder zumindest stark schwächen und dienstbar machen.

1. Interessen der USA

Für die USA geht es zum einen um die Verteidigung des US-Dollars als Weltleitwährung. Seit den 1970er Jahren wird ein Großteil des Ölhandels ausschließlich in Dollar abgewickelt. Dieses System des sogenannten „Petrodollars“ sichert den USA nicht nur Vorteile in der weltweiten Zirkulation, sondern ermöglicht auch die Refinanzierung des eigenen Staatshaushalts durch internationale Nachfrage nach Dollar-Anleihen. Wenn

Staaten wie der Iran beginnen, ihr Öl in Euro oder Yuan zu verkaufen, stellt das die Dollar-Hegemonie infrage.³²

Zum anderen geht es um die Kontrolle der internationalen Energieströme. Wie wir gesehen haben, unterhält der Iran enge Partnerschaften mit China (z. B. im Rahmen der „Neuen Seidenstraße“) und auch mit Russland. Diese Bündnisse bedrohen den Zugriff des Westens auf das eurasische Energiesystem. Besonders brisant: Der Iran verfügt über riesige Gasvorkommen (u. a. das South-Pars-Feld) und könnte mit einem Ausbau seiner Exportkapazitäten die globalen Preise drücken – was die Verwertung des US-Frackinggases erschwert und die Position der USA auf dem Energiemarkt schwächt.

Ein Drittel der globalen Öltransporte verläuft über die Straße von Hormus – eine Meeresenge, die de facto unter iranischer Kontrolle steht. Zwar wird diese regelmäßig als strategisches Drohpotenzial gegenüber den arabischen Golfstaaten und dem Westen ins Spiel gebracht, doch für die USA ergibt sich gerade daraus das Interesse nach militärischer Präsenz: unter dem Vorwand der „Sicherung des freien Durchflusses“ wird die direkte Kontrolle über eine der wichtigsten Energierouten der Welt angestrebt.³³

2. Interessen Israels

Israel verfolgt im Nahen Osten eine spezifischere Rolle. Mit seiner Kriegsführung im Gazastreifen zementiert es seine führende Stellung auf dem regionalen Energiemarkt: Es erweist sich für internationale Abnehmer und Förderer des in Israels Einflusszone gelegenen Gases (insbesondere aus den Feldern Leviathan und Karish) als robuster Partner, der jegliche Infragestellung seines Einflussgebietes, z.B. in Form von Ansprüchen Palästinas, bislang im Keim erstickt.

³² Vgl. Kullick, Nicklas. Surplus, Das Wirtschaftsmagazin: Die USA verteidigen im Iran ihre Dollar-Hegemonie. <https://www.surplusmagazin.de/usa-iran-israel-dollar-hegemonie-petrodollars-oel/>

³³ Vgl. axinocapital – Dein Experte für Rohstoffaktien. Droht BRICS interner Konflikt? Iran will Öl-Weltmarkt stoppen? 23.06.2025. [Video] <https://www.youtube.com/watch?v=Zfy42nWMPHc>

Doch neben Israel gibt es im Nahen Osten eben auch den Iran – einen Staat, der als weltweit fünftgrößter Öl- und Gasexporteur zunehmend auf dem Energiemarkt auftritt und damit eine ernstzunehmende Konkurrenz darstellt. Israel unterstützt daher aktiv die militärische und wirtschaftliche Schwächung des Iran, etwa durch gezielte Schläge auf iranische Infrastruktur und die Behinderung von Pipelineprojekten, die der Iran mit Syrien, dem Irak oder dem Libanon plant. Auch die israelische Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien, den VAE und weiteren arabischen Staaten richtet sich auf Geheimdienst- und Sicherheitsebene faktisch gegen den gemeinsamen Rivalen Iran.

Israel positioniert sich dabei als Vorposten des westlichen Einflusses im Nahen Osten –insbesondere für die USA, die Israel als verlängerter Arm in der Region einsetzen, um den Iran einzudämmen und zugleich die Kontrolle über Energie- und Finanzflüsse zu sichern.

Zusammenfassung

Die Auseinandersetzung mit dem Iran ist sowohl für die USA als auch für Israel von zentraler strategischer Bedeutung. Der Iran stellt für beide Staaten eine wachsende Konkurrenz auf dem Energiemarkt dar, unterläuft durch alternative Zirkulationsabkommen die weltweite Dollar-Hegemonie und verfügt mit der Kontrolle über die Straße von Hormus über ein machtvolleres Druckmittel. Die militärischen Angriffe und Sanktionen sind Ausdruck konkreter privatwirtschaftlicher Interessen und dürfen nicht als bloße Reaktion auf das Atomprogramm verstanden werden.

Wochenberichte

Marxistischer Arbeitskreis, Jürgen Geppert:
Wochenberichte vom 5. 5. – 21.6. 2025

Zeitraum vom 05.bis 11.05.25

BRD, 05.05.25

Live-Blog - Regierungswechsel in Berlin

Der neu gewählte Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) legt vor Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU) im Bundestag den Amtseid ab.

Friedrich Merz sitzt jetzt erstmals auf dem Stuhl des Kanzlers auf der Regierungsbank. Es folgt der allerletzte formelle Akt – mehr als fünf Stunden später als ursprünglich geplant: Nach seiner Ernennung durch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier folgt jetzt die Eidesleistung. Bundeskanzler Friedrich Merz spricht vor Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU) den Amtseid: "Ich schwöre, dass ich das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können verwalten, Verfassung und Gesetze befolgen und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe."

05.05.25

Newsletter - Die Rüstungsregierung im Amt

german-foreign-policy (eigener Bericht)

Die neue Bundesregierung soll so rasch wie möglich neue Rüstungsvorhaben beschließen und dabei insbesondere High-Tech-Projekte berücksichtigen. Darauf dringen Bundeswehr und Teile der Rüstungsbranche, insbesondere junge Startups mit militärischem Schwerpunkt. So fordert die Bundeswehr die Beschaffung einer kompletten Satellitenkonstellation, die hunderte einzelne Satelliten umfassen und bis zu zehn Milliarden Euro kosten könne. Zudem hat die Truppe die Beschaffung von Kampfdrohnen eingeleitet, darunter Kamikazedrohnen, die mit Hilfe Künstlicher Intelligenz (KI) gesteuert werden; feindliche Störsender sollen ihnen nichts mehr anhaben können. Eines der Startups, das auf einen Bundeswehr-Auftrag hoffen kann, will zudem einen „Drohnenwall“ an der NATO-Ostgrenze errichten. Einer der Gründer des Unternehmens arbeitete zuvor bei McKinsey und war in dessen Auftrag im Bundesverteidigungsministerium unter der heutigen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen tätig. Mit den McKinsey-Aktivitäten in dem Ministerium war ein Untersuchungsausschuss des Bundestags befasst. Deutsche Rüstungs-Startups arbeiten inzwischen sogar daran, Insekten zur Kriegsführung zu nutzen – etwa Kakerlaken.

06.05.5

RTD

Friedrich Merz' Zeit als Kanzler beginnt bereits mit einem Fiasko: Bei seiner Wahl zum Bundeskanzler verfehlte er im ersten Wahlgang die notwendige Mehrheit und erhält nur 310 Ja-Stimmen. Nötig gewesen wären 316 Stimmen. Erst nach einer Unterbrechung der Bundestagssitzung erreichte Merz im zweiten Wahlgang mit 325 Stimmen die notwendige Mehrheit. Der Spott ließ natürlich nicht lange auf sich warten: Nach seiner Niederlage im ersten Wahlgang herrschte bei der Linken vor allem Häme und die AfD forderte seinen Rückzug, um den Weg für Neuwahlen freizumachen.

Dass man bei der Union wenig Begeisterung für Merz empfindet, dafür umso mehr für Politiker anderer Parteien, ist allerdings nicht wirklich neu: Die am 2. Mai 2025 im ZDF ausgestrahlte Doku-Reihe "Inside CDU" hat brisante Aufnahmen des CSU-Vorsitzenden Markus Söder an die Öffentlichkeit gebracht. Darin ist zu sehen, wie der Politiker die Rhetorik von AfD-Chefin Alice Weidel vor ausgeschalteten Mikrofonen lobt und sie als die eigentliche Herausforderung der Union bezeichnet. "Wir verlieren nicht an die SPD und Grüne, wir verlieren an die AfD."

07.05.25

ZDF - Merz in Paris: Frankreichs Erwartungen an den neuen Kanzler, von Anna Warsberg, 07.05.2025, 15:30 Uhr.|

Präsident Macron will den deutsch-französischen Motor stärker als je zuvor machen - so schnell wie möglich. Die Schlüssel sollen in Verteidigung und Wettbewerbsfähigkeit liegen. Friedrich Merz beginnt seine Kanzlerschaft mit Besuchen in Paris und Warschau. Dabei herrscht nicht nur Einigkeit - vor allem, wenn es um Migration und Handelspolitik geht.

Kann Friedrich Merz die enormen Erwartungen erfüllen?

Die Euphorie in Paris und die Erwartungen an Merz sind groß. Macron sucht in ihm einen neuen engen Partner, einen Mitantreiber in Europa für die ihm so wichtigen Themen. Ganz oben auf der Liste dürften Macrons Vorstellungen für ein souveränes, verteidigungsfähiges Europa stehen. Merz zeigt sich demgegenüber nicht abgeneigt und hat immer wieder signalisiert, dass auch er mehr Unabhängigkeit von den USA anstrebe.

Bei seinem Antrittsbesuch in Paris kündigte er nun eine verstärkte Kooperation mit Frankreich in der Verteidigungspolitik an. Bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit Macron sagte er: „Wir werden gemeinsam Maßnahmen treffen, um die Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeit Europas weiter auszubauen.“ Friedrich Merz (CDU), Bundeskanzler

Nach den Worten des Kanzlers sollen unter anderem der deutsch-französische Verteidigungsrat gestärkt und die bilateralen Rüstungsk Kooperationen vertieft werden. Macron erläuterte dazu: "Wir werden daher unsere deutsch-französischen Programme beschleunigen, neue Fähigkeiten entwickeln und über Panzer, Kampfflugzeuge und Langstreckenraketen hinaus einen deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrat einrichten." Das neue Sicherheitsgremium solle operative Antworten auf gemeinsame strategische Herausforderungen geben.

07.05.25

Tagesspiegel – Antrittsbesuch von Merz in Polen

Polens Regierungschef äußerte sich auch ablehnend über das Vorhaben von Merz, die Kontrollen an der deutsch-polnischen Grenze zu verschärfen. „Wenn jemand eine Kontrolle an der polnischen Grenze einführt, wird Polen auch eine solche Kontrolle einführen. Und das macht auf lange Sicht einfach keinen Sinn.“

Russland, 08.05.25

Sabotageversuche der EU, mehrerer EU-Mitgliedstaaten und der Ukraine begleiten die heutigen Moskauer Gedenkfeierlichkeiten zum 80. Jahrestag des Sieges über NS-Deutschland. Mehrere Dutzend Staaten nehmen an den Veranstaltungen in der russischen Hauptstadt teil, darunter BRICS-Staaten wie China, Brasilien, Südafrika und Indonesien, aber auch das EU-Mitglied Slowakei sowie der EU-Beitrittskandidat Serbien. Die Teilnahme der beiden letzteren hatte die EU zu unterbinden versucht, nicht zuletzt mit der Drohung, ein Staat, der Repräsentanten nach Moskau entsende, dürfe der EU nicht beitreten.

USA/GB, 11.05.25

Merkur - London

Der britische Premierminister Keir Starmer feierte einen „fantastischen, historischen“ Tag, als er sich mit Präsident Donald Trump zur Ankündigung eines neuen Handelsabkommens zwischen ihren Ländern zusammenschloss – eine Vereinbarung, die laut Starmer Tausende britische Arbeitsplätze schützen würde.

Jeder britische Premierminister seit dem Brexit-Votum 2016 zum Austritt aus der Europäischen Union hat versucht, ein Handelsabkommen mit den Vereinigten Staaten zu sichern, mit dem sie sich brüsten könnten. Die am Donnerstag angekündigten Umrisse der Vereinbarung entsprachen jedoch nicht dem Preis, den das Vereinigte Königreich angestrebt hatte. Obwohl der Deal Großbritannien vor einigen Auswirkungen von Trumps Zöllen schützt, stellt er das Vereinigte Königreich beim Handel mit den USA nicht besser auf als vor Trumps Einführung umfassender Zölle auf Länder weltweit, einschließlich Großbritannien.

Zeitraum vom 12. bis 18.05.25

BRD, 13.05.25

Newsletter - Streit um den Waffenstillstand, german-foreign-policy

Außenminister Johann Wadephul und seine Amtskollegen aus sechs weiteren europäischen Staaten fordern Russland zu einem sofortigen Waffenstillstand vor den für Donnerstag angekündigten russisch-ukrainischen Gesprächen in Istanbul auf. Verweigere Moskau dies, dann werde die EU neue Sanktionen verhängen und „sehr viel Druck“ ausüben, erklärte Wadephul nach einem Außenministertreffen am gestrigen Montag in London. Die westeuropäischen Regierungen wollen verhindern, dass Kiew, das sich militärisch in der Defensive befindet, während der Verhandlungen durch Niederlagen an der Front zusätzlich unter Druck gerät. Wie Moskau nach 16 EU-Sanktionspaketen in drei Jahren nun plötzlich so stark bedrängt werden soll, dass es seinen Kurs ändert, ist unklar. Die neue Bundesregierung kündigt unabhängig davon an, Waffenlieferungen an die Ukraine nicht mehr

bekanntzugeben. Damit würde auch eine mögliche Lieferung des Marschflugkörpers Taurus geheimgehalten, obwohl sein Einsatz eine aktive deutsche Kriegsbeteiligung erfordert – mit weitreichenden Konsequenzen. Kiew stellt Berlin unterdessen lukrative Geschäfte in Aussicht und lobt Deutschland als „eine führende Kraft des Guten“.

Türkei, 13.05.25

ND

Diese Entscheidung ist historisch: Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) hat ihre Selbstaflösung beschlossen - und folgt damit der Ankündigung ihres Gründers Abdullah Öcalan von Ende Februar. In einer Erklärung ließ die PKK verlauten, dass sie ihre »historische Mission« erfüllt habe und durch ihren bewaffneten Kampf »die kurdische Frage an einen Punkt gelangt ist, an dem sie nun durch eine demokratische Politik gelöst werden kann«. Wie der weitere Weg genau aussehen wird, ist aber weiter unklar. Für die Demokratisierung brauche es neue gesetzliche Regelungen, während andere Gesetze geändert werden müssten, fordert Pervin Buldan von der prokurdischen DEM-Partei. Nur so könnten die Gesetzlosigkeit und die Ungerechtigkeit in der Türkei, die verschiedene Gruppen treffe, beseitigt werden. Selbst eine Verfassungsänderung und eine explizite Erwähnung der Kurden scheint nicht mehr ausgeschlossen.

Skeptische Beobachter mutmaßen hingegen, dass es dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan allein darum gehe, seine Macht zu konsolidieren, indem er die Opposition spaltet. Sollte die Auflösung der PKK reibungslos über die Bühne gehen, wäre dies ein »großer Sieg für Erdoğan«, sagt die Türkei-Expertin Gönül Tol vom Middle East Institute in den USA.

Konkrete Schritte seien jetzt notwendig: Sicherheitsgarantien, eine Generalamnestie für ehemalige PKK-Kader, ein Ende der militärischen Einmischung in Syrien und im Irak, die Freilassung Öcalans sowie ein rechtlicher Rahmen zum Schutz der politischen Arbeit kurdischer Parteien und der Zivilgesellschaft. »Denn der Kampf des türkischen Staats gegen die PKK traf nie nur deren Mitglieder, sondern die gesamte kurdische Bevölkerung.«

USA, 13.05.25

Tagesschau

Bei seiner ersten großen Auslandsreise seit seinem erneuten Amtsantritt ist US-Präsident Donald Trump in Saudi-Arabien von einem großen Aufgebot aus Vertretern des Königshauses und der Geschäftswelt empfangen worden. Als Trumps Präsidentenmaschine von saudi-arabischen Kampffjets eskortiert in Riad landete, begrüßte Kronprinz Mohammed bin Salman ihn persönlich am Flughafen.

Saudi-Arabien ist Trumps erste Station bei seiner vor allem den Wirtschaftsbeziehungen gewidmeten Reise durch die Golfregion. Auf den herzlichen Empfang am Flughafen folgte in Riad ein pompöser Empfang am Königspalast. Trumps Präsidentenlimousine wurde von einer Reitergarde begleitet. Nach einem Gang durch die weiten Flure des prächtigen Gebäudes begrüßte Trump Dutzende saudi-arabische Regierungs- und Wirtschaftsvertreter.

Pomp für Trump: der US-Präsident in Riad.

Trump und bin Salman unterzeichnen Wirtschaftsabkommen

Der US-Präsident wird auf seiner Reise von wichtigen Kabinettsmitgliedern und Wirtschaftsvertretern begleitet, darunter Außenminister Marco Rubio und Berater Elon Musk. Nach seiner Teilnahme an einem Gipfeltreffen der Golfstaaten wollte Trump zusammen mit Musk bei einem Investorenforum auftreten. Bin Salman hatte bereits im Januar zum Amtsantritt von Trump Investitionen in Höhe von 600 Milliarden Dollar (derzeit gut 538 Milliarden Euro) in den USA zugesagt.

Trump und bin Salman unterzeichneten zunächst einen Wirtschaftsvertrag und verfolgten dann, wie ihre Minister eine Reihe von Abkommen per Handschlag besiegelten. Zu den Vereinbarungen gehören eine Zusammenarbeit im Energiebereich, Zusammenarbeit in Justizfragen, die Unterstützung der Zollbehörden und die Zusammenarbeit zwischen dem Smithsonian Museum und saudischen Einrichtungen.

Dazu vereinbarten beide Länder Rüstungsgeschäfte im Wert von 142 Milliarden Dollar. Saudi-Arabien soll demnach Rüstungsgüter und -dienste

von mehr als einem Dutzend US-Unternehmen aus dem Bereich Verteidigung erhalten. Dabei geht es unter anderem um eine Modernisierung der saudischen Luftwaffe, Abwehrsysteme und den Schutz von Grenzen, Seewegen und Kommunikationssystemen.

NATO, 14.05.25

german-foreign-policy

Das Fünf-Prozent-Ziel der NATO

Die NATO-Außenminister befassen sich auf ihrem heute beginnenden Treffen im türkischen Antalya erstmals mit neuen Plänen zur Aufstockung der Militärausgaben auf fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Dabei sollen 3,5 Prozent des BIP unmittelbar für die Streitkräfte ausgegeben werden; 1,5 Prozent des BIP sind für infrastrukturelle Kriegsvorbereitungen vorgesehen. Verbindlich beschlossen werden könnte die Aufstockung in sechs Wochen auf dem NATO-Gipfel in Den Haag. Fünf Prozent des BIP wären für Deutschland heute 215 Milliarden Euro – 44 Prozent des derzeitigen Haushaltsvolumens von fast 489 Milliarden Euro. Zugleich treibt die NATO, die jeweiligen nationalen Aufrüstungsschritte ergänzend, den Ausbau ihrer eigenen Infrastruktur voran. Laut Berichten soll das NATO-Pipelinesystem, das insbesondere Militärflugplätze mit Treibstoff versorgt, auf das Gebiet der ehemaligen DDR ausgeweitet werden – „so weit wie möglich im Osten in der Nähe des potenziellen Einsatzgebiets“ in einem Krieg gegen Russland. Damit kollidiert die NATO mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag, der jede ausländische Militärpräsenz in Ostdeutschland untersagt. Er wird schon jetzt gebrochen.

Russland/Ukraine, 16.05.25

RT DE

Nachdem die Delegation der Russischen Föderation in Istanbul mehr als rechtzeitig eingetroffen war und gestern den ganzen Tag auf die Delegation aus der Ukraine gewartet hatte, begannen die direkten Gespräche zwischen der russischen und der ukrainischen Seite erst am heutigen Mittag. Bis dahin wurden weitere Treffen in verschiedenen Formaten – auch mit den türkischen Gastgebern sowie den US-Amerikanern – eingeschoben. Nach nicht ganz zwei Stunden wurden die Gespräche zwischen der Ukraine und Russland am frühen Nachmittag unterbrochen. Wie aus einer Erklärung von Wladimir

Medinski, dem Leiter der russischen Delegation, hervorgeht, soll es in den nächsten Tagen einen Austausch von Kriegsgefangenen geben. Des Weiteren habe die ukrainische Seite um ein direktes Treffen der beiden Präsidenten gebeten. Und beide Delegationen verständigten darauf, Wege zu einem Waffenstillstand auszuloten. Die Gespräche sollen demzufolge fortgesetzt werden.

Zeitraum vom 19.05. bis 25.05.

EU/GB, 19.05.25

Reuters - Fünf Jahre nach dem Brexit nähern sich Großbritannien und die Europäische Union einander an. Geplant ist eine vertiefte Zusammenarbeit in Bereichen wie Verteidigung, Lebensmittelsicherheit und Fischerei. Vor allem bei Befürwortern des Brexits stoßen diese Pläne allerdings auf Kritik.

Der stellvertretende Vorsitzende der europaskeptischen Partei Reform UK, Richard Tice, unterstellt Premierminister Keir Starmer, vor Brüssel zu "kapitulieren", einen Ausverkauf der britischen Fischereiwirtschaft zu betreiben und "Millionen von EU-Einwanderern" ins Land lassen zu wollen. Darüber berichtete die "Tagesschau"

Auch die Vorsitzende der Konservativen Partei, Kemi Badenoch, äußerte sich kritisch. Sie bezeichnete die Einigung als besorgniserregend und betonte, dass Großbritannien künftig wieder Regeln aus Brüssel akzeptieren müsse.

EU-Vertreter wie Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Ratspräsident António Costa sowie die britische Regierung unter Keir Starmer bewerten die Vereinbarung hingegen als wichtigen Meilenstein in den bilateralen Beziehungen. Es handelt sich um das erste Abkommen dieser Art seit dem Brexit im Jahr 2020.

EU, 21.05.25

gfp

Gegen den Willen Deutschlands hat die EU am Dienstag erste, vorerst noch folgenlose Maßnahmen gegen Israel beschlossen. Anlass ist die israelische Kriegsführung im Gazastreifen, die zum einen – mit einer totalen Blockade von Lebensmittellieferungen – eine Hungersnot provoziert, zum anderen die Bevölkerung in den Süden des Territoriums zwingt, wo sie zur Ausreise

genötigt werden sollen. „Dies ist eine Wende in der Geschichte“, wird Israels Finanzminister Bezael Smotrich zitiert. Der Plan hat in den vergangenen Tagen erste Konsequenzen seitens europäischer Staaten hervorgerufen. Frankreich und Großbritannien denken laut einer gemeinsam mit Kanada verabschiedeten Erklärung über „Maßnahmen, darunter gezielte Sanktionen“ gegen Israel nach; London hat seine Freihandelsgespräche mit dem Land eingefroren. Die EU hat sich am Dienstag auf eine Überprüfung ihres Assoziierungsabkommens mit Israel geeinigt. Berlin war zwar dagegen, konnte den Schritt aber nicht verhindern. Der Vorsitzende des israelischen Parteienbündnisses The Democrats warnt, das Vorgehen der israelischen Regierung mache Israel zum Pariastaat und bringe seine Existenz in Gefahr.

BRD/Litauen, 30.05.25

gfp

Mit einem feierlichen militärischen Appell in der litauischen Hauptstadt Vilnius hat Deutschland am 22. Mai öffentlichkeitswirksam die formale Indienststellung der Brigade Litauen zelebriert. Auf dem Papier existiert die Brigade als Truppenteil der Bundeswehr bereits seit dem 1. April. Bis 2027 will Berlin insgesamt 5.000 Soldaten in Litauen stationieren. Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius hat für nächstes Jahr intensive Manöver angekündigt. Außerdem plant die Bundesregierung, die bereits seit 2017 unter deutscher Führung in Litauen präsente multinationale NATO-Battlegroup in die Brigade Litauen und damit in die Strukturen der Bundeswehr zu integrieren. Merz bekräftigte in einer Rede in Vilnius, Deutschland werde alles tun, um die konventionell stärkste Militärmacht Europas zu werden. Bundeskanzler und Verteidigungsminister warfen Russland in der litauischen Hauptstadt aggressiven Revisionismus vor – ausgerechnet bei einem militärischen Appell zur Indienststellung des ersten permanenten Auslandsstützpunkts der Bundeswehr, noch dazu auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion und in unmittelbarer Nähe zur russischen Grenze.

Zeitraum vom 01. bis 08. 6. 25

USA/BRD, 06.06.2025

Der Besuch von Kanzler Merz bei US-Präsident Trump verlief ohne Eklat - vielmehr wurde der Gast aus Deutschland beim Gespräch vor der Presse zu einer Randfigur. Seinen Besuch kann Merz dennoch als Erfolg verbuchen.

Ein Kommentar von Sebastian Hesse, ARD Washington

"He's difficult" - "er ist nicht ganz einfach". Das hat Donald Trump an einer Stelle über seinen Gast aus Deutschland gesagt. Und das war als Kompliment gemeint. Der US-Präsident schätzt zwar Schmeicheleien, aber wenn es zu unterwürfig wird, verliert er sehr schnell den Respekt vor seinem Gegenüber. Friedrich Merz, das ist jemand, mit dem zu verhandeln eine Herausforderung sein kann: Auf diese Vorschuss-Lorbeeren darf sich der Kanzler etwas einbilden.

Alles Unken im Vorfeld über eine Eskalation, wie einst bei Selenskyj, hat sich als völlig unbegründet erwiesen: Es wurden Artigkeiten ausgetauscht. Merz' Englisch wurde gelobt. Trump ließ sich genussvoll als Schlüsselfigur bei den Friedensbemühungen in der Ukraine preisen. Über die weitesten Teile der Begegnung jedoch saß Friedrich Merz einfach unbeteiligt daneben, als Trump Fragen der amerikanischen Presse zu innenpolitischen Themen beantwortete. Es sagt viel über das deutsch-amerikanische Verhältnis in diesen Tagen aus, dass Desinteresse bereits als Erfolg verbucht werden darf.

Merz kann zufrieden mit seinem Besuch sein

Und dennoch: Friedrich Merz kann zufrieden sein mit seiner Stippvisite. Ihm wurde die Ehre zuteil, im exklusiven Gästehaus der US-Regierung übernachten zu dürfen. Sein Gastgeschenk - die Geburtsurkunde von Trumps deutschem Großvater - wird einen Ehrenplatz im Weißen Haus bekommen. Reizthemen wie Verteidigungsausgaben, Handelsstreit mit der EU oder Ukraine-Unterstützung wurden diskret hinter verschlossenen Türen behandelt. Den Auftritt im Oval Office umwehte der sanfte Zauber des ersten Beschnuperns.

Dass Merz nicht im Namen der EU über Konturen eines künftigen Handelsabkommens verhandeln würde, war klar: Seine Botschaft jedoch, dass sich Europa und die USA, angesichts mächtiger Konkurrenten wie China, nicht auseinander dividieren lassen sollten, könnte angekommen sein. Ebenso das deutsche Bekenntnis zu mehr Geld fürs Militär und zum transatlantischen

Schulterschluss gegen Putin. Misstöne? Nicht zu vernehmen, ebenso wenig wie Pöbeleien gegen Deutschland, etwa wegen angeblich mangelnder Meinungsfreiheit.

Von Augenhöhe mit dem Gast war wenig zu spüren

Doch was wird dem rosaroten Auftakt folgen? An einer Stelle sagte Trump sinngemäß, dass es auch nicht schlimm sei, wenn kein Handelsabkommen mit der EU zustande kommt: Dann würden die USA eben weiter Schutzzölle kassieren. US-Soldaten in Deutschland stationiert lassen: "No Problem", meinte Trump, die würden ja auch viel Geld ins Land bringen. Was mitschwang: Wenn die Deutschen den amerikanischen Schutz nicht mehr wollen: Auch gut.

Diese beiläufige Gelassenheit, kombiniert mit dem Ausblenden von Merz, als es weitschweifig um Musk, Biden und Harvard ging: Von Augenhöhe mit dem Gast war da wenig zu spüren.

Trump dürfte die Begegnung gefallen haben, weil sie das Kräfteverhältnis zwischen beiden Ländern vor Augen geführt hat. Die USA unter diesem Präsidenten: Verbündete werden gönnerhaft als Erfüllungsgehilfen geschätzt, aber wirklich angewiesen ist man auf sie nicht.

Zeitraum vom 09.06. bis 15.06.25

USA, 09.06.25

nordhessen-journal.de:

Baerbock abgeschoben! USA verhängen striktes Einreiseverbot.

Israel/Iran, 13.06.

Zusammengestellt aus verschiedenen Pressemitteilungen:

Israel hat in der Nacht mehrere Orte in Iran bombardiert. Zu den Zielen des Angriffs gehörte unter anderem die Atomanlage Natans im Zentrum des Landes. Iran droht mit "harter" Vergeltung und schlägt bereits mit Drohnen zurück. Bei den Angriffen wurden auch mehrere iranische Führungspersonlichkeiten und Atomwissenschaftler getötet. US-Präsident Trump war vorab über die Angriffe informiert worden.

Die Öl- und Gaspreise schießen in die Höhe, während die Märkte in Panik geraten.

Wie die Bundesregierung reagiert: Wenige Stunden nach dem Angriff Israels auf Iran erklärte die deutsche Bundesregierung ihre Unterstützung und Solidarität mit Israel und Netanjahu. Bundeskanzler Merz gab bekannt, dass er vor dem Start der Operation "telefonisch informiert" worden sei. Die Bundesregierung erhöhte den Schutz jüdischer Einrichtungen. Die Bundesregierung billigt Israels völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Iran und übt keine Kritik an der Ermordung ziviler Wissenschaftler durch die israelischen Streitkräfte. Bundeskanzler Friedrich Merz erklärte bereits am Freitag kategorisch zu dem Überfall auf Iran: „Wir bekräftigen, dass Israel das Recht hat, seine Existenz und die Sicherheit seiner Bürger zu verteidigen.“ Wie aus einer Vielzahl von Stellungnahmen bekannter Völkerrechtler hervorgeht, ist ein Präventivschlag nach Art des israelischen Überfalls auf Iran allenfalls erlaubt, wenn er einen überwältigenden Angriff verhindert, der unmittelbar bevorsteht und anders nicht abgewendet werden kann. Dies war hier nicht der Fall; zudem befand sich Iran in laufenden Atomverhandlungen mit den USA. Auch die gezielte Tötung iranischer Atomwissenschaftler sei völkerrechtlich durch nichts zu rechtfertigen, konstatiert ein US-Experte. Experten warnen zudem, dass die Gefahr eines endlosen Krieges bestehe, sollte Israel sein Ziel, das iranische Atomprogramm zu zerstören, nicht erreichen. Teheran bereite sich auf langwierige und heftige Kämpfe vor, schreibt die Nachrichtenagentur "Bloomberg".

Der Nahost-Experte und Historiker Michael Wolffsohn hält eine aktivere Beteiligung der USA für möglich, glaubt aber trotzdem nicht an einen Flächenbrand in der Region. Im Gespräch mit der *Frankfurter Rundschau* fordert er eine Veränderung des Völkerrechts.

Mit seinem jüngsten Angriff auf Iran hat Israel erneut bewiesen, dass es internationale Normen zur Erhaltung der regionalen Stabilität mit Füßen tritt

Russlands Präsident Wladimir Putin führte eine Reihe von Telefongesprächen mit den Staats- und Regierungschefs der Konfliktparteien und dem US-Präsidenten Donald Trump. In Moskau und Washington wird betont, dass die Parteien bereit sind, zu den Verhandlungen zurückzukehren. Selbst Trump ist offen dafür, dass Putin im iranisch-israelischen Konflikt vermittelt.

Zeitraum vom 16.06. bis 22.06.25

Israel/Iran, 17.06.25

ntv

Israel greift den Iran an, weil die dort angestrebte Atombombe nicht mehr fern sein soll. So lautet die Begründung. US-Geheimdienste halten die jedoch für unzutreffend, wie ein Bericht zeigt. Zudem könne eine nachhaltige Zerstörung der Anlagen nur mit US-Hilfe gelingen. Und die will Präsident Trump nicht gewähren.

18.06.25

ND

»Das ist die Drecksarbeit, die Israel für uns alle macht«, sagte Bundeskanzler Friedrich Merz am Dienstag in einem ZDF-Interview und meinte damit den Angriff der israelischen Armee auf den Iran. Dass das Völkerrecht Angriffskriege explizit verbietet, siehe Artikel 2 der UN-Charta, und auch das Grundgesetz in Artikel 26 eine entsprechende Vorschrift enthält, scheint Merz nicht zu wissen, oder besser gesagt, nicht wissen zu wollen. Wie der Krieg nun beendet werden kann, ist auch völlig offen. Noch ist unklar, ob sich nicht die USA womöglich einschalten. US-Präsident Donald Trump lässt über seine Absichten alle im Dunkeln.

Die einseitige Parteinahme für Israel durch die G7-Staaten lässt wenig Spielraum für Vermittlungsbemühungen und schafft einen Rechtsrahmen der nicht für alle gleichermaßen gelten soll. Das internationale Recht wird zurechtgebogen, wie man es braucht, sachlich fundierte Hinweise, dass der Iran derzeit nicht über Atomwaffen verfüge, vom Tisch gewischt

Russland, 18.06.25

Das XXVIII. Internationale Wirtschaftsforum St. Petersburg (<https://forum.spb.com/?lang=ru> (ПМЭФ2025)) findet vom 18. bis 21. Juni statt

SPIEF (St. Petersburg International Economic Forum) gilt als maßgebliche internationale Plattform für den Dialog zwischen Vertretern aus Wirtschaft, Regierungsbehörden, Wissenschaft und Expertenkreisen, die sich Themen der Weltwirtschaft, der nachhaltigen Entwicklung und des technologischen

Wandels widmet. Als Teilnehmer werden Staatsoberhäupter, Führungskräfte internationaler Organisationen, Vertreter führender Unternehmen und natürlich Vertreter der Zivilgesellschaft und der Medien erwartet.

Das zentrale Thema des Forums wird die Suche nach gemeinsamen Leitlinien und die Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung im Kontext globaler Turbulenzen sein.

Das Business-Programm (<https://forumspb.com/programme/business-programme>) umfasst mehr als 150 Veranstaltungen aus folgenden Bereichen: digitale Wirtschaft, ökologische Nachhaltigkeit, Gesundheitspflege, internationale Zusammenarbeit, technologische Innovationen, regionale Entwicklung.

Quelle: Telegram "No_Pasaran2022"

USA, 22.06.25

Donald Trump begibt sich als selbst ernannter Friedenspräsident in den Kriegsmodus. Sein Schlag gegen den Iran könnte einen historischen Wendepunkt markieren. Doch das Risiko ist enorm – außenpolitisch, innenpolitisch und persönlich.

Bastian Brauns berichtet aus Washington

An dieser Aussage muss sich Donald Trump wie kaum ein anderer messen lassen. Getätigt hat er sie bei einem Wahlkampfauftritt im November vergangenen Jahres vor vielen muslimischen Amerikanern in Michigan. "Wenn Kamala gewinnt, erwartet euch nur Tod und Zerstörung. Denn sie ist die Kandidatin endloser Kriege. Ich bin der Kandidat des Friedens", sagte der damalige Präsidentschaftskandidat. Keine amerikanischen Kriege mehr – das ist ein Versprechen, das Trump auch den übrigen Amerikanern gemacht hat, besonders seiner eigenen Basis.

Doch an diesem Samstag, dem 21. Juni 2025, gab der US-Präsident den Befehl, den Iran anzugreifen. Mit der weltweit schwerste Bunker brechenden Bombe vom Typ GBU-57 ließ Trump die amerikanische Air Force insgesamt drei Nuklearanlagen zerstören. Obwohl er kurz zuvor noch die Möglichkeit für Verhandlungen verkündet hat. Obwohl der US-Präsident sich für den

Angriff auf den Iran nicht die Zustimmung des amerikanischen Kongresses geholt hat.

Die Täuschung ist ihm offenkundig gelungen. Zum Schein ließen die USA noch Tarnkappenbomber aus den USA in Richtung Pazifik verlegen. Es waren Kampfflugzeuge, die an diesem Wochenende kaum noch einen Schlag hätten ausüben können, weil sie dafür zu weit entfernt gewesen wären. Die Bomber mit der tatsächlichen zerstörerischen Fracht waren dabei längst von der anderen Himmelsrichtung aus unterwegs – und haben nicht nur den Iran, sondern die ganze Welt überrascht. Das tagelange Zögern des US-Präsidenten war wohl der wahre Bluff.

Wie erfolgreich und nachhaltig der Angriff auf Irans Nuklearanlagen wirklich war, muss sich allerdings erst zeigen. Die für den US-Präsidenten wichtigste Frage aber ist: Welche Konsequenzen zieht das iranische Regime aus dem Angriff der Amerikaner?

Wie reagiert der Iran?

Noch hat die Regierung in Teheran nur rhetorisch reagiert, nicht aber mit eigenen Gegenangriffen. Viel spricht dafür, dass die Führung im Iran aber unter massivem Druck steht, auf den Angriff der USA zu antworten. Das Mullah-Regime muss auch nach innen Stärke zeigen. Es braucht darum, wenn nicht militärisch, zumindest symbolisch eine Reaktion.

Die wahrscheinlichsten Szenarien sind schnell umrissen: Angriffe auf die zahlreichen US-Stützpunkte mit Zehntausenden Soldaten und die Botschaften in der Region. Weiterer Raketenbeschuss auf Israel. Gezielte Terroranschläge durch verbündete Milizen. Oder die Sperrung der Straße von Hormus, eine der weltweit empfindlichsten Handelsadern. Letzteres hätte unmittelbare Auswirkungen auf den Ölpreis und somit auf die US- und Weltwirtschaft.

Die Stärke des Iran gilt allerdings als ziemlich ausgehöhlt: Baschar al-Assad in Syrien, einst wichtigster Partner Teherans, ist entmachteter. Die Terrororganisationen Hisbollah und Hamas, zentrale Stellvertretergruppen, sind extrem geschwächt, auch viele irakische Schiitenmilizen dezimiert. Die Option, eine effektive Vergeltung im großen Stil zu erreichen, ist militärisch begrenzt, gerade nach den massiven israelischen Angriffen der vergangenen neun Tage.

Deshalb ist eine asymmetrische Antwort womöglich wahrscheinlicher. Die Islamische Republik ist erfahren darin, mit gezielten Nadelstichen zu antworten.

Trumps Warnung – und die Angst vor der eigenen Basis

Auffällig ist, mit welcher Vehemenz Donald Trump den Iran nach dem Angriff ausdrücklich vor weiteren Schritten warnt. Das Weiße Haus spricht von "noch nie dagewesener militärischer Entschlossenheit". Hinter diesen martialischen Worten steht nicht nur der Wunsch, neue Eskalationen zu verhindern, sondern wohl auch die Angst vor den innenpolitischen Folgen.

Trump selbst hat sich stets als "Friedenskandidat" inszeniert. Seine MAGA-Bewegung verzeiht vieles, aber ganz sicher keinen neuen Krieg im Nahen Osten. Das haben die zahlreichen kritischen Wortmeldungen aus der eigenen politischen Anhängerschaft deutlich gezeigt.

Trumps Sorge muss daher im ganz persönlichen Interesse sein: Sollte sich der Konflikt mit dem Iran zu einem Flächenbrand entwickeln, könnten sich selbst treue Anhänger weiter distanzieren. Mit seinem Vizepräsidenten JD Vance, Verteidigungsminister Pete Hegseth und der Geheimdienstkoordinatorin Tulsi Gabbard sitzen im Irak erfahrene Soldaten sogar in seinem Kabinett.

Sie stehen für die breite und überparteiliche Ablehnung militärischer und tödlicher Abenteuer der Bush-Ära. Besonders in den wichtigen republikanischen Bundesstaaten des Mittleren Westens sowie den Swing States dürfte ein neuer Krieg kaum vermittelbar sein.

Nicht zuletzt mit Blick auf die Zwischenwahlen im kommenden Jahr hat Trump sich beim Angriffsbefehl im Situation Room des Weißen Hauses darum wohl ganz bewusst mit aufgesetzter rote MAGA-Baseballmütze in Szene setzen lassen.

Der rechtliche Spagat: Selbstverteidigung oder Verfassungsbruch?

Juristisch ist die Lage unübersichtlich. Der Präsident ließ die iranischen Atomanlagen ohne Zustimmung des Kongresses angreifen. Doch Trumps Anwälte dürften bereits daran arbeiten, sich auf Artikel II der Verfassung zu berufen: das Selbstverteidigungsrecht des Präsidenten als Oberbefehlshaber. Tatsächlich sprach Trump in seiner Ansprache von "Hunderten toten

Amerikanern", die in den vergangenen Jahrzehnten "durch iranischen Terror" getötet worden seien. Hieraus will er offenbar die Selbstverteidigungs-Strategie ableiten.

Eine zweite mögliche Legitimationsbasis wäre das alte AUMF-Mandat ("Authorization for Use of Military Force"). Dieses Gesetz stammt aus der Zeit nach den Anschlägen vom 11. September 2001. Zwar richtete sich dieses ursprünglich gegen al-Qaida und später gegen den "Islamischen Staat" (IS). Aber juristisch wurde es immer wieder kreativ ausgeweitet, auch auf iranische Ziele.

Ob diese Argumentation auch dieses Mal standhält, dürfte letztlich die Gerichte beschäftigen. Die Demokraten kündigten bereits Untersuchungen im Repräsentantenhaus an. Viele sprechen von einem Verfassungsbruch, den Trump begangen habe, indem er den Kongress in Kriegsfragen umgangen habe. Sogar ein Amtsenthebungsverfahren wird darum bereits von der linken Kongressabgeordneten Alexandria Ocasio-Cortez gefordert.

Die politischen Gefahren für Donald Trump dürften von dieser Flanke aus aber einigermaßen überschaubar sein. Denn ohne Mehrheit in beiden Kammern ist die politische Durchschlagskraft der Demokraten derzeit begrenzt. Ein erfolgreiches sogenanntes Impeachment-Verfahren gegen den US-Präsidenten ist darum sehr unwahrscheinlich. Vorausgesetzt, der Krieg mit dem Iran eskaliert nicht. Falls doch, könnte es politisch schwierig für Trump werden. Denn die Mehrheit der Republikaner im Repräsentantenhaus ist hauchdünn.

Ein Wendepunkt mit globaler Tragweite

Donald Trumps Angriff könnte ein historischer Wendepunkt sein. Der Ausgang ist indes vollkommen offen. Sollte die Operation tatsächlich das Ende des iranischen Nuklearprogramms bedeuten, hätte Trump nicht nur ein geopolitisches Ziel erreicht, sondern womöglich das Mullah-Regime nachhaltig geschwächt.

Der Schlag gegen die iranische Infrastruktur könnte zudem die Achse Moskau–Peking–Teheran–Pjöngjang empfindlich treffen. Gerade in Zeiten der neuen Blockbildung zwischen Autokratien und Demokratien wäre dies ein strategischer Coup. Es wäre ein "Enthauptungsschlag", der weit über den Nahen Osten hinaus Wirkung entfalten könnte.

Aber auch das Gegenteil ist möglich: Der Angriff auf die drei Nuklearanlagen könnte als derart feindliche Provokation gewertet werden, dass sie die Islamische Republik sogar zusammenschweißt statt spaltet. Die iranische Führung muss nicht nur mutmaßlich zig Milliarden Dollar Investitionen in ihr Nuklearprogramm verkraften, sondern auch die zahlreichen Tötungen von obersten Militärs und die Zerstörung vieler strategischer Anlagen.

Das Mullah-Regime könnte sich nun erst recht daran machen, eine Atombombe oder eine schmutzige Bombe – also eine Bombe, die radioaktives Material freisetzt – zu entwickeln. Auch könnte Teheran seine asymmetrische Kriegsführung fortsetzen: Neue Cyberattacken, verdeckte Operationen, Proxykriege sind nicht automatisch vorbei. Der Schlag der Amerikaner könnte auch eine ganz neue Phase hybrider Kriegsführung gegen den ganzen Westen einläuten, mit den üblichen Akteuren und den Großmächten Russland und China im Hintergrund.

Die US-Soldaten im Nahen Osten sind nicht ohne Grund in höchste Alarmbereitschaft versetzt worden. Jede Stunde ohne Antwort aus Teheran erhöht aktuell die Anspannung. Die kommenden Tage könnten entscheiden, ob die Region in einen Flächenbrand gerät.

Sollte es Trump gelingen, aus einem völkerrechtlich umstrittenen Präventivschlag einen Friedensprozess zu machen, wäre das der wohl vorerst größte Erfolg seiner Präsidentschaft. Wenn nicht, könnte er statt als Friedensstifter als Kriegstreiber in die Geschichte eingehen.

Pakistan, 21.06.25

Pakistan will Trump für den Nobelpreis nominieren – und schreibt ihm eine „Führungsrolle während der jüngsten indisch-pakistanischen Krise“ zu. Indien sieht das anders.

Islamabad – Die pakistanische Regierung empfiehlt offiziell US-Präsident Donald Trump für den Friedensnobelpreis 2026. Die Meldung wurde am

Samstag (21. Juni) seitens der pakistanischen Regierung via X bekanntgegeben, und wird in dem pakistanischen Medium *Dawn* als weiteres Zeichen für die verbesserten bilateralen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten gefeiert.

Zeitraum vom 23. bis 29.06.25

Kasachstan, 24.06.25

EURACTIV

Auf dem zweiten Zentralasien-China-Gipfel, der am 17. Juni in Astana stattfand, sprach der kasachische Präsident Kassym-Jomart Tokayev von einem neuen Impuls für eine intensive und für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit mit China. Er sagte, die Beziehungen zwischen Zentralasien und China hätten nun das Niveau einer „ewigen, anpassungsfähigen und umfassenden“ strategischen Partnerschaft erreicht.

Mit einem intraregionalen Handelsvolumen von über 10 Milliarden US-Dollar in den letzten fünf Jahren machte China fast 40 Prozent des Außenhandels Zentralasiens aus. Dies trug zu einem Rekordvolumen von insgesamt 95 Milliarden US-Dollar bei, wobei allein Kasachstan für 44 Milliarden US-Dollar verantwortlich war.

Auf dem Gipfel unterzeichneten die zentralasiatischen Länder und China mehr als 35 Abkommen im Wert von über 17 Milliarden US-Dollar sowie einen Vertrag über ewige gute Nachbarschaft, Freundschaft und Zusammenarbeit – ein Dokument, das neue Richtungen für die bilaterale Zusammenarbeit aufzeigt.

24.06.25, NATO

gfp

Mit einem großdimensionierten Treffen zahlreicher Verteidigungsminister, Wehrexperten sowie Rüstungsindustrieller beginnt am heutigen Dienstag der

NATO-Gipfel in Den Haag. Das NATO-Verteidigungsindustrieforum (Defence Industry Forum) soll dazu beitragen, die Hochrüstung der NATO-Staaten, wie das Militärbündnis erklärt, „in einem noch nie dagewesenen Tempo“ quantitativ zu steigern sowie modernste Technologien für die künftige Kriegsführung stärker nutzbar zu machen. Militärtechnologische Maßstäbe setzen derzeit die israelischen Angriffe auf Iran, bei denen Künstliche Intelligenz (KI) umfassender denn je zuvor zum Einsatz kommt. Israels Streitkräfte integrierten mit Hilfe vor allem von KI „Luft-, Cyber- und Bodenoperationen“, um „Drohenschwärme, Tarnkappenets und Sabotageeinsätze in Realzeit zu orchestrieren“, wird berichtet. Während die USA ebenfalls mit hohem Tempo die Integration von KI in die Rüstung vorantreiben, erzielen inzwischen auch deutsche Startups Erfolge, so etwa in der Herstellung KI-gesteuerter Drohnen. Zu ihnen zählt Helsing, ein Rüstungs-Startup, das mittlerweile als teuerstes deutsches Startup gilt – klar vor zivilen Firmen.

Worum es auf dem Gipfel geht

Die europäischen NATO-Verbündeten wollen ihre amerikanischen Partner – und die Welt – davon überzeugen, dass sie es ernst meinen mit der Sicherung ihrer eigenen Sicherheit und dem Ende ihrer Abhängigkeit von der US-amerikanischen Militärmacht.

Im Mittelpunkt des Gipfels dürfte eine Vereinbarung stehen, die vorsieht, die Verteidigungsausgaben aller Bündnispartner auf mindestens fünf Prozent des Bruttoinlandsproduktes anzuheben. US-Präsident Donald Trump fordert dieses Ziel bereits seit Monaten.

Doch die Militärausgaben sind ein Dauerstreitpunkt. Das neue 5-Prozent-Ziel soll sich voraussichtlich auf 3,5 Prozent für „militärische Kernaufgaben“ (sprich: traditionelle Militärausgaben) und 1,5 Prozent für weiter gefasste verteidigungsbezogene Ausgaben (von der Verkehrsinfrastruktur bis zur Ukraine-Hilfe) aufteilen.

Kurz vor dem Nato-Gipfel hat sich Spaniens Ministerpräsident Pedro Sanchez in einem Brief gegen den Aufrüstungsplan gestellt. Seine Taktik scheint aufzugehen.

Der slowakische Ministerpräsident Robert Fico schlug überraschend vor, sein Land sollte aus der NATO austreten und die Neutralität erklären. Trotz der Überlegungen des Rechtspopulisten gibt es in Bratislava parteiübergreifende Unterstützung für das 5-Prozent-Ziel.

24.06.25, BRD

Deutsche Industrie bereit für Verteidigung: „Ureigenes Wirtschaftsinteresse“

Für seine Rede hat der Kanzler breite Unterstützung bekommen. Bereits im Vorfeld sagte BDI-Präsident Peter Leibinger: „Unternehmerinnen und Unternehmer wollen Verantwortung für die Sicherheit unseres Landes übernehmen. Resilienz und Verteidigungsfähigkeit sind ein ureigenes Wirtschaftsinteresse.“ Der BDI habe ein „Grundsatzpapier zur Sicherheitspolitik“ veröffentlicht, in der notwendige Schritte aufgezeigt würden, erklärte der Verband. Die deutsche Industrie stehe jedenfalls bereit, „als Partner des Staates“ ihren Beitrag zu leisten.

Bundeswehr-Revolution durch Merz: Unternehmen sollen regelmäßig Personal freistellen

Stand: 24.06.2025, 10:32 Uhr

Von: Amy Walker

Auf dem Tag der Industrie hat Bundeskanzler Friedrich Merz die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands betont. Auch die Unternehmen müssten dazu beitragen.

Berlin – Erst kam die Zeitenwende von Olaf Scholz, der als Bundeskanzler beim Angriff Russlands auf die Ukraine ein neues Zeitalter für die Bundeswehr verkündete. Nun zieht auch Friedrich Merz mit seiner eigenen Rede nach: Auf dem Tag der Industrie des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) rief der Kanzler auch die Unternehmen des Landes dazu auf, sich an der Verteidigung Deutschlands zu beteiligen. Konkret: Sie sollen es ihrem Personal möglich machen, regelmäßig an Militärübungen teilzunehmen.

Merz verpflichtet deutsche Unternehmen: Mitarbeiter sollen regelmäßig zur Bundeswehr gehen können

Konkret sagte Merz vor den Industrievertretern des Landes: „Wir sind alle einer Meinung, so hoffe ich es zumindest, dass es sich lohnt, diese Demokratie, diese Freiheit zu verteidigen. Aber das hat im engeren Sinne auch Konsequenzen für Ihre Unternehmen: Geld ist nicht das entscheidende Problem, das wir für die Bundeswehr haben. Das entscheidende Problem ist qualifiziertes Personal“. Es brauche eine Reserve und wahrscheinlich müsse es auch eine Wehrpflicht wieder „Meine Damen und Herren, das sind auch Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Ihren Unternehmen. Und Sie sollten bereit sein, diesen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen die Gelegenheit geben, hin und wieder mit den Streitkräften zu üben – um uns gemeinsam verteidigungsfähig zu machen. Die Bundeswehr muss zurück in die Mitte unserer Gesellschaft“, so Merz. Die Wehrpflicht auszusetzen, sei ein Fehler gewesen und um die Bundeswehr wieder aufwachsen zu lassen, „geht es nicht ohne Ihre Unterstützung“. geben. Auf Basis von Freiwilligkeit allein werde das „wahrscheinlich“ nicht gehen, so der Kanzler.

„Und es wird nicht gehen ohne Ihre Bereitschaft, Ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen auch mal eine oder zwei Wochen Zeit zu geben, mit den Streitkräften zu dienen“. Wenn man darüber zu einer Übereinkunft kommen könne, dann werde es bald wieder aufwärtsgehen in dem Land, so Merz abschließend.

Für seine Rede hat der Kanzler breite Unterstützung bekommen. Bereits im Vorfeld sagte BDI-Präsident Peter Leibinger: „Unternehmerinnen und Unternehmer wollen Verantwortung für die Sicherheit unseres Landes übernehmen. Resilienz und Verteidigungsfähigkeit sind ein ureigenes Wirtschaftsinteresse.“ Der BDI habe ein „Grundsatzpapier zur Sicherheitspolitik“ veröffentlicht, in der notwendige Schritte aufgezeigt würden, erklärte der Verband. Die deutsche Industrie stehe jedenfalls bereit, „als Partner des Staates“ ihren Beitrag zu leisten.

26.06.05, Tschechoslowakei

Die Abgeordnetenkammer des tschechischen Parlaments verabschiedete eine neue Fassung des Strafgesetzbuches, das Kommunisten offen kriminalisiert. Zukünftig wird es ein Verbot der „Unterstützung und Förderung der kommunistischen Bewegung“ in der Tschechischen Republik geben, das mit einer Freiheitsstrafe von bis zu zehn Jahren geahndet werden kann.

Zeitraum vom 30.06. bis 06.07.25

01.06.25, BRD

gfp

Deutschland weitet seine Militär-, Cyber- und Geheimdienstkooperation mit Israel aus. Bundesinnenminister Alexander Dobrindt hat am Wochenende einen „Cyber- und Sicherheitspakt“ mit dem Land angekündigt, der unter anderem eine Zusammenarbeit in der „Cyberabwehr“ und in der Bekämpfung von Drohnen sowie eine Intensivierung der Geheimdienstkooperation umfassen soll. Israels Fähigkeiten auf dem Feld der Cyberkriegsführung gelten als herausragend; sie umfassten bereits vor gut 15 Jahren aufsehenerregende Cybersabotage gegen das iranische Nuklearprogramm und beziehen heute ausgefeilte Fähigkeiten in der Steuerung militärischer Operationen mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz (KI) ein, die im Iran-Krieg erstmals im großen Stil getestet wurden. Berlin kann mit dem Ausbau der Zusammenarbeit an die alte intensive Kooperation der Bundeswehr mit den Israel Defense Forces (IDF) anknüpfen, außerdem an eine enge Rüstungskooperation. Das enge Repressions- und Militärbündnis entwickelt sich zu einem Zeitpunkt, zu dem neue Vorwürfe wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen gegen die IDF bekannt werden. Es wirft ein Schlaglicht auf die harte deutsche Repression gegenüber Unterstützern der Palästinenser.

29.06.25, USA

USA erwägen Hilfsangebot an Iran für Aufbau eines zivilen Atomprogramms

Die US-Regierung erwägt einem Bericht zufolge, dem Iran Hilfe beim Aufbau eines rein zivilen Atomprogramms anzubieten.

Die Urananreicherungsanlage in Fordo wurde beschädigt – die Frage ist, wie es mit dem iranischen Atomprogramm weitergeht. (picture alliance / ASSOCIATED PRESS / Uncredited)

Nach Informationen des Nachrichtensenders CNN gehört zu den Überlegungen, Teheran den Zugang zu bis zu 30 Milliarden Dollar zu ermöglichen. Das Geld soll nicht direkt von den USA kommen, sondern von arabischen Staaten und etwa von iranischen Konten im Ausland, die wegen

aktueller Sanktionen blockiert sind. Die Vorschläge würden in Washington diskutiert, um den Iran zurück an den Verhandlungstisch zu bewegen.

Nach den US-Angriffen auf die iranischen Atomanlagen und die anschließende Deeskalation der Lage wurden neue Verhandlungen in Aussicht gestellt. Der iranische Außenminister Araghtschi wies jedoch die Aussage von US-Präsident Trump zurück, dass es schon in der kommenden Woche ein Treffen geben werde.

Diese Nachricht wurde am 27.06.2025 im Programm Deutschlandfunk gesendet.

02.07.25, EU

web.de News

Wenige Monate nach dem Beginn ihrer zweiten Amtszeit als Chefin der EU-Kommission sieht sich Ursula von der Leyen mit einem Misstrauensantrag konfrontiert. Ist er so harmlos, wie ihre Partei sagt?

Die EU-Kommission von Ursula von der Leyen muss sich kommende Woche im Europäischen Parlament der Abstimmung über einen Misstrauensantrag stellen. Nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur unterrichtete Parlamentspräsidentin Roberta Metsola darüber die Fraktionsvorsitzenden.

Zuvor war geprüft worden, ob der von einem rechten rumänischen Abgeordneten initiierte Misstrauensantrag wie in den Regeln vorgesehen von mindestens einem Zehntel der 720 Abgeordneten unterstützt wird. In dem zweiseitigen Text werden der Kommission unter anderem mit Blick auf die Corona-Politik Intransparenz und Missmanagement vorgeworfen.

Die Unterstützung des Antrags durch mindestens 72 Abgeordnete bedeutet, dass über ihn während der Tagung des Parlaments in der kommenden Woche debattiert und abgestimmt werden muss. Sollte er angenommen werden, müsste die EU-Kommission geschlossen zurücktreten.

Ein solches Szenario gilt allerdings als unwahrscheinlich, da es dafür die Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen und gleichzeitig die Mehrheit der Mitglieder des Parlaments brauchen würde. Das wären mindestens 361, wenn alle Abgeordneten anwesend sind und ihre Stimmen abgeben, sogar 480 Stimmen. Bei der Wahl im vergangenen November hatte

die Kommission von Ursula von der Leyen 370 von 688 abgegebenen Stimmen bekommen.

Für die deutsche CDU-Politikerin, die der europäischen Parteienfamilie EVP angehört, ist der Vorstoß aus dem rechten Lager trotz der geringen Aussichten auf Erfolg eine Belastungsprobe. Grund ist, dass die 66-Jährige mit manchen politischen Initiativen zuletzt auch bei ihr eigentlich wohlgesonnenen Abgeordneten für Unmut sorgte und etwa ein milliardenschweres Kreditprogramm für Verteidigungsinvestitionen als Notfallmaßnahme ohne Parlamentsbeteiligung plante. Letzterer Punkt wird auch in dem Misstrauensantrag kritisiert.

Beiträge zum deutschen Imperialismus

Brigitte Dornheim: Dunkle Wolken ziehen über Deutschland herauf, 2. Teil³⁴

Die folgende Darstellung der Geschichte der Weimarer Republik und die des deutschen Faschismus erfolgt im Rahmen des Projektes: „Wege der Erinnerung und Mahnung zu Stätten der Verfolgung und des Widerstandes 1933 bis 1945“.

1.1.5 Der Aufstieg einer faschistischen Partei, die sich Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, NSDAP, nannte

Ende der 1920er, Anfang der 1930er Jahre entwickelte sich die ehemals kleine Nationalsozialistische Partei Deutschlands, NSDAP, zu einer Massenpartei. Diese Partei war weder national, noch sozialistisch und auch keine Interessenvertretung der Arbeiter. Sie war eine faschistische Partei.

Angesichts dessen, dass sich im Deutschland der Weimarer Republik die sozialen Gegensätze ständig verschärften, sahen sich die herrschenden Kräfte

³⁴ Den ersten Teil dieser Arbeit findet Ihr in der offen-siv-Ausgabe Mai-Juni 2025. (D. Red.)

dieser Republik, die Großindustriellen, Großbankiers, Großagrarier und die Generalität, immer weniger in der Lage, ihre Politik weiterhin mit den Mitteln des bürgerlichen Parlamentarismus durchzusetzen. Sie orientierten nach dem italienischen Vorbild auf eine Terrorherrschaft, auf die faschistische Diktatur. Auch zur Realisierung ihrer Revanche- und Expansionspolitik nach außen schien ihnen die Form der faschistischen Diktatur besser geeignet als die bürgerlich-parlamentarische Demokratie.

Zur Errichtung einer offenen brutalen Diktatur brauchten diese Kreise ein Werkzeug, das die Volksmassen spalten und irreführen sollte. Dies fanden sie in der von Adolf Hitler geführten NSDAP. (Siehe Anhang 1, 2 und 3) Im Programm der Nazis, u. a. in Hitlers „Mein Kampf“ nachzulesen, verkündeten sie, im Osten „Lebensraum“ erobern und darum Krieg führen zu müssen. Zugleich forderten sie die Revision der im „Versailler Schandvertrag“, wie sie sagten, festgelegten Westgrenzen Deutschlands.

Aus einem Interview der „New York Times“ mit J. Edwards, einem US-amerikanischen Finanzmagnaten, über den Charakter der faschistischen Partei vom 16. September 1930: *Die NSDAP hat „im Gegensatz zu ihrem Namen kein Programm..., das die Konfiskation des Eigentums vorsehen und die ausländischen Kapitalanlagen in Deutschland bedrohen würde, denn diese Partei ist keine sozialistische, sondern eine echt kapitalistische Partei, der viele Großindustrielle angehören. Obgleich sie sich ‚sozialistisch‘ nennt, hat sie in Wirklichkeit nichts mit dem Sozialismus gemeinsam...“*³⁵

Als ihre Hauptaufgabe bezeichneten die Nazis die Ausrottung des Kommunismus. Die am meisten von der Weltwirtschaftskrise betroffenen Unternehmen drängten am heftigsten zu dieser terroristischen Diktatur, zum Faschismus. Es waren dies die Vertreter der Kohlekonzerne und der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie. Seit 1930 führten sie jährlich über sechs Millionen Mark an die NSDAP ab. Der Stahlkönig Thyssen finanzierte den Kauf des „Braunen Hauses“, des NSDAP-Parteihauptsitzes in München. Auch ausländische Unternehmer wie Henry Deterding, Hauptaktionär des Shell-Konzerns, waren an der Finanzierung der Hitlerpartei beteiligt. Diese Geldströme ermöglichten es den Nazis, Terrorbanden wie die Schutzstaffel,

³⁵ Lehrbuch Klasse 9. Berlin, DDR, 1970. S. 135

SS, und die Sturmabteilung, SA, aufzustellen, Hetzblätter zu drucken, um die werktätigen Massen von ihrer Politik zu überzeugen.

Vor allem US-amerikanische Konzerne und ihre deutschen Tochterfirmen waren in das spätere Aufrüstungsprogramm der Nazis einbezogen, durch Lieferung von Militärtechnik, Militärfahrzeugen, Benzin und Motoröl sowie Lochkarten-Rechensysteme. Genannt seien hier General Motors (GM) und seine Tochter, die Adam Opel AG in Rüsselsheim, die Henry-Ford-Autofabriken und ihre deutsche Tochter, die Ford Werke KG in Köln, der Technikkonzern, International Business Corporation (IBM) mit seiner deutschen Tochterfirma DEHOMAG sowie der Standard Oil-Konzern. US-Privatbanken wie Chase, Westminster und Barclay schanzten über ihre Schweizer Konten dem NS-Staat Milliarden zu und verschoben nach der Besetzung von Österreich, der Tschechoslowakei und den Niederlanden die Goldreserven dieser Länder der Deutschen Reichsbank zu. Sowohl US-Banken, als auch der IBM-Konzern waren in die Verbrechen der Nazis zur Erfassung und Deportation jüdischer Menschen verstrickt.

Die Hauptmethoden der Politik und Propaganda der NSDAP waren der Antikommunismus sowie die soziale und chauvinistische Demagogie, lügenhafte Versprechungen zur Irreführung der Volksmassen.

Diese falschen Versprechungen begannen bereits beim Namen der Partei. Im Wissen darum, dass die Idee des Sozialismus in der Arbeiterbewegung fest verwurzelt war, benutzten sie die irreführende Bezeichnung „Nationalsozialistische Arbeiterpartei“. Ihr Ziel, die Errichtung der Nazi-Diktatur bezeichneten sie als „nationale Revolution“. Den Arbeitern und Angestellten versprachen sie Arbeit und Brot sowie die Verstaatlichung von großen Unternehmen, den Bauern eine Bodenreform, den Handwerkern und kleinen Geschäftsleuten eine gesicherte Existenz durch die Ausschaltung des jüdischen Kapitals. Sehr viele Menschen durchschauten die Demagogie der Nazis nicht. Sie klammerten sich an deren Versprechungen wie an einen rettenden Strohalm. Es waren insbesondere die vom parlamentarischen System der Weimarer Republik Enttäuschten. Da ihr ein umfassender Einbruch in die Arbeiterklasse zunächst nicht gelang, wandte die Hitler-Partei gegen Arbeiter die Methode des brutalen Terrors an.

Ihre SS- und SA-Horden wurden in Versammlungen auf Arbeiter gehetzt und als Streikbrecher eingesetzt. Sie schreckten auch nicht vor der Ermordung von kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern zurück. (siehe Anhang 4) Die wirtschaftlichen und politischen Gegensätze, vor allem innerhalb der Großindustriellen, waren die Ursache dafür, dass zunächst nur ein Teil von ihnen die NSDAP unterstützte. Nachdem Adolf Hitler am 27. Januar 1932 im Industrieclub Düsseldorf vor führenden Vertretern deutscher Unternehmen, darunter Krupp, Borsig, Duisberg, Flick und Vögler, sein Programm zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, vor allem der Kommunisten, und zur Führung eines Eroberungsfeldzuges erläutert hatte, flossen neue Geldströme in die Kassen der Naziartei.

Dieses Geld beeinflusste maßgeblich den Ausgang der Reichspräsidentenwahlen im Frühjahr 1932, der Reichstagswahlen vom Juli 1932 und der vom November 1932

1.1.6. Zur gleichen Zeit konnte eine andere Partei der Weimarer Republik große Stimmengewinne erzielen - die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) unter Führung Ernst Thälmanns

Die Thälmannsche KPD sah in den Hitlerfaschisten ihren Hauptfeind. Sie erkannte, dass die Bildung der notwendigen Einheitsfront, insbesondere die der Arbeiterklasse, zur Abwehr der Hitlerfaschisten auf Grund der antikomunistischen Haltung der Führer der anderen großen Arbeiterpartei, der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands (SPD) nicht möglich war (siehe Anhang). Dennoch ließen Ernst Thälmann und seine Genossen nichts unversucht, die Sozialdemokraten, vor allem die an der Basis, von der Notwendigkeit der antifaschistischen Aktionseinheit zu überzeugen.

Ein Beispiel dafür war die Proklamierung der „Antifaschistischen Aktion“ am 10. Juli 1932 durch die KPD und Teile der Sozialdemokratie. Somit wurde eine bereits praktizierte Politik verstärkt fortgesetzt.

Der gemeinsame Kampf gegen die erstarkenden Nazifaschisten erfolgte in den Wohnvierteln, den Betrieben und auf der Straße. Diese Aktion war so stark, dass ihr Symbol, die zwei roten Fahnen in einem rotumrandeten Kreis mit der Aufschrift Antifaschistische Aktion bis heute lebt. Zu dieser Zeit war Ernst Thälmann auch derjenige Kommunist, der an der Spitze der

paramilitärischen Formation der KPD, also an der Spitze des Roten Frontkämpferbundes (RFB) stand. Der RFB war einer von drei bekannten Schutzverbänden in der Weimarer Zeit. Er schützte die Versammlungen und Kundgebungen der Kommunisten vor allem vor den Schlägerbanden des „Stahlhelms“ und der SA (Siehe Kasten 6!). Der KPD wurde und wird häufig vorgeworfen, dass die in der Sowjetunion begründete Sozialfaschismus-These die Bildung der angestrebten antifaschistischen Aktionseinheit verhindert hätte. Ja - diese These hinterließ Spuren, die nicht günstig für den gemeinsamen antifaschistischen Kampf waren, aber in der Praxis rückte die KPD angesichts der zunehmenden faschistischen Gefahr in den Jahren 1930 bis 1932 diese These immer mehr in den Hintergrund.

Plakat der Antifaschistischen Aktion, Juli 1932



Auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale (Komintern), der 1935 in Moskau stattfand, wurde die Sozialfaschismus-These, die in der sozialdemokratischen Führung den linken Flügel des Faschismus sah, verworfen und stattdessen eine antifaschistische Einheits- und Volksfront von unten angestrebt. Diese Strategie führte zum Beispiel in Frankreich zum Erfolg, denn dort wurde dadurch der Faschismus verhindert.



Erst Thälmann in RFB-Uniform

1.1.6. In Deutschland aber konnte die Errichtung des Faschismus nicht verhindert werden.

Obwohl die KPD erstarkt war, obwohl sich die werktätigen Massen unter ihrer Führung durch Demonstrationen, Streiks, Hungermärsche und Barrikadenkämpfe gegen die wachsende soziale Verelendung und gegen die faschistische Gefahr auflehnten, gelang es nicht, die Errichtung der faschistischen Diktatur abzuwehren.

Bei den Reichspräsidentenwahlen im Frühjahr 1932 wurde das bisherige Staatsoberhaupt, der 85jährige ehemalige kaiserliche Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, mit den Stimmen der SPD wiedergewählt. Die rechten Führer der Sozialdemokratie hatten versichert, Hindenburg werde ganz gewiss keinen Verfassungsbruch begehen und einem Blutregiment Adolf Hitler zustimmen.

Die KPD aber, die ihren Vorsitzenden Ernst Thälmann als Reichspräsidentenwahlkandidaten nominiert hatte, bestritt den Wahlkampf unter der Losung „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“ Diese Worte sollten sich später bewahrheiten.

Im Juli 1932 zeigte das Wahlergebnis der Reichstagswahlen einerseits ein weiteres Erstarken der KPD, welche mit 5,3 Millionen Wählerstimmen ihr bisher bestes Wahlergebnis erzielte, sowie einen erheblichen Stimmenverlust für die SPD mit einem Rückgang von 8,6 Millionen auf 7,9 Millionen Wählerstimmen, andererseits aber ein weiteres Anwachsen der faschistischen

Gefahr in Deutschland. Die Hitlerpartei erreichte mit 13,8 Millionen die höchste Stimmenzahl bei den Wahlen zum Reichstag in der Weimarer Republik.

Am 30. August 1932 trat der neu gewählte Reichstag erstmals zusammen. Die Eröffnungsrede hielt das älteste Mitglied des Reichstages, die KPD-Abgeordnete Clara Zetkin. Trotz ihres schlechten gesundheitlichen Zustandes war Clara Zetkin aus ihrem Moskauer Exil angereist, um in einer leidenschaftlichen Rede die Menschen in Deutschland vor der Errichtung einer Nazi-Diktatur zu warnen.

Sie erklärte: „Das Gebot der Stunde ist die Einheitsfront aller Werktätigen, um den Faschismus zurückzuwerfen, um damit den Versklavten und Ausgebeuteten die Kraft und die Macht ihrer Organisationen zu erhalten, ja sogar ihr physisches Leben. Vor dieser zwingenden geschichtlichen Notwendigkeit müssen alle fesselnden und trennenden politischen, gewerkschaftlichen, religiösen und weltanschaulichen Einstellungen zurücktreten. Alle Bedrohten, alle Leidenden, alle Befreiungssüchtigen gehören in die Einheitsfront gegen den Faschismus und seine Beauftragten in der Regierung. Die Selbstbehauptung der Werktätigen gegen den Faschismus ist die nächste unerlässliche Voraussetzung für die Einheitsfront im Kampf gegen Krise, imperialistische Kriege und ihre Ursache, die kapitalistische Produktionsweise.“³⁶

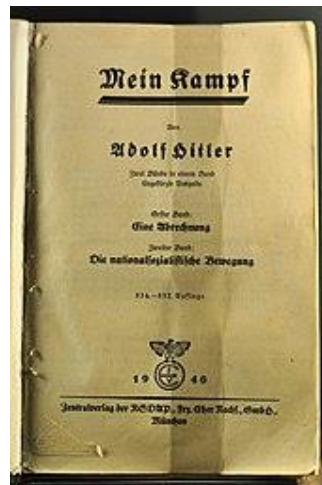
Nur wenige Wochen nach den im Juli stattgefundenen Reichstagswahlen mussten die Deutschen am 6. November 1932 erneut zu den Wahlurnen.

Diese Wahl war notwendig geworden, weil der Reichspräsident Paul von Hindenburg den Reichstag nach einer schweren Niederlage des Präsidialkabinetts unter Franz von Papen aufgelöst hatte. Die Wahlen im November zeugten einerseits von der Instabilität der politischen Verhältnisse am Ende der Weimarer Republik und stellten andererseits die Weichen für die künftige Entwicklung Deutschlands.

Der Wahlausgang belegte, wie verhängnisvoll die Spaltung der deutschen Arbeiterklasse war, denn er zeigte, dass eine antifaschistische Einheitsfront

³⁶ Sturz ins Dritte Reich. Leipzig/Jena/Berlin 1983, S. 42f

der Kommunisten und Sozialdemokraten ein unüberbrückbares Hindernis für die Nazis gewesen wäre. Die KPD wurde mit fast 6 Millionen Stimmen und 100 Abgeordneten nicht nur wieder drittstärkste Partei, sie hatte vor allem gegenüber den Wahlen vom Juli 1932 etwa 700.000 Wähler und elf Parlamentssitze hinzugewonnen. Neben der monarchistischen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) war die KPD die einzige Partei mit Stimmenzuwachs. Die SPD musste einen Stimmenverlust hinnehmen, nur noch 7,2 Millionen und nicht mehr 7,9 Millionen wie im Juli wählten SPD. Die NSDAP aber bekam nicht mehr 13,7 Millionen Wählerstimmen wie im Juli, sondern nur 11,7 Millionen. Dies war also ein Verlust von 2 Millionen. Addiert man die Stimmen von KPD und SPD, kommt man auf 13,2 Millionen, also 1,5 Millionen Wählerstimmen mehr als die der NSDAP. Die Wahlen vom November 1932 hatten gezeigt, dass der Aufschwung der Nazi-Partei seinen Höhepunkt überschritten hatte, ihre Massenbasis begann zu bröckeln. Das Wahlergebnis belegt auch, dass viele sozialdemokratische Arbeiter die tödliche Gefahr, welche der Arbeiterbewegung durch die Nazis drohte, erkannt hatten. Immer zahlreicher vereinten sie sich bei antifaschistischen Aktionen mit Kommunisten und schlugen Nazi-Provokationen zurück. Die antifaschistische Einheitsfront der Arbeiterklasse wuchs und bezog auch andere Schichten der Bevölkerung ein. Dies alles war ein Warnsignal für die politisch und ökonomisch herrschenden Kreise der Weimarer Republik, für die Bankiers, Konzernherren, Großagrarien und Generäle. Sie forderten vom Reichspräsidenten Hindenburg die sofortige Ernennung des NSDAP-Führers Adolf Hitler zum Reichskanzler. (Siehe Anhang 5)

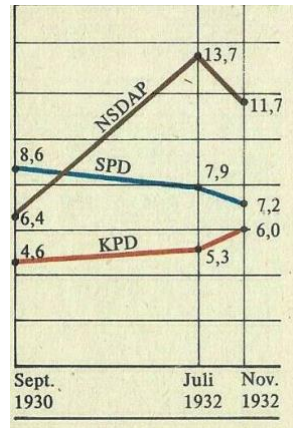


Vorige Seite: Hitlers „Mein Kampf“, Erstausgabe 1925, Titelseite der Ausgabe von 1932

Hitler ergriff also nicht die Macht, diese wurde an ihn im Interesse der in Politik und Wirtschaft Herrschenden übertragen.



„Hinter mir stehen Millionen“, Fotomontage von John Heartfield



Wahlergebnisse
der Reichstagswahlen 1930 bis 1932

In einer Eingabe namhafter Vertreter dieser Kreise an den Reichspräsidenten von Hindenburg vom November 32 hieß es:

„...gegen das bisherige parlamentarische Parteiensystem (ist) nicht nur die Deutschnationale Volkspartei, sondern auch die NSDAP grundsätzlich eingestellt und hat damit das Ziel Eurer Exzellenz bejaht... Wir erkennen in der nationalen Bewegung, die durch unser Volk geht, den Beginn einer verheißungsvollen Zeit... für einen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft... (der) noch viele Opfer erfordert... und Millionen Menschen, die heute noch abseitsstehen, zu bejahender Kraft mit rei(t).³⁷

³⁷ Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Band 4, Berlin 1966, S. 599

Letzte Absprachen vor der Bildung der Hitlerregierung erfolgten am 5. Januar 1933 auf einem geheimen Treffen in der Villa des Bankiers Schröder. Adolf Hitler und der Reichskanzler und Wortführer der Vertreter des Großkapitals von Papen berieten über die Zusammensetzung der Nazi-Regierung.

Aussage des Bankiers Schröder beim Kriegsverbrecherprozess 1946: *„Als die NSDAP am 6. November 1932 ihren ersten Rückschritt erlitt und somit also ihren Höhepunkt überschritten hatte, wurde eine Unterstützung durch die deutsche Wirtschaft besonders dringend. Ein gemeinsames Interesse der Wirtschaft bestand in der Angst vor dem Bolschewismus und der Hoffnung, daß die Nationalsozialisten - einmal an der Macht - eine beständige politische und wirtschaftliche Grundlage in Deutschland herstellen würden...Das wirtschaftliche Programm Hitlers war der Wirtschaft allgemein bekannt und wurde von ihr begrüßt.“*³⁸

Vgl. Lehrbuch Klasse 9. Berlin 1988

Vgl. Lehrbuch Geschichte entdecken 3. Ausgabe Thüringen. Bamberg 2015

Vgl. Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages. Zur Zusammenarbeit US-amerikanischer Kreise mit dem Nationalsozialismus. Berlin 2007

Vgl. Wolf Geisler. Bankiers überm Hakenkreuz. Ziel der Geldgeber Adolf Hitlers, Köln 2024

Vgl. Erich Stockhorst. Wer war was im 3. Reich. Kiel 1985.Sonderausgabe 2000

Vgl. Manfred Weißbecker. Flucht nach Weimar 1918/1919.Illustriertes historisches Heft. Berlin 1981

Vgl. Joachim Petzold. Generalprobe für Hitler. Illustriertes historisches Heft. Berlin 1980

Vgl. Wikipedia

Bilder: Wikimedia Commons

1.2 Thüringens Vorreiterrolle auf dem Weg in die Nazi-Diktatur

³⁸ Ebenda, S. 606

1.2.1 Schlaglichter zu Not und Elend der Thüringer Bevölkerung in den Jahren der Nachkriegswirren 1919 bis 1923

Soziales Elend und Arbeitslosigkeit prägten in der Zeit nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg das Alltagsleben von Kriegsheimkehrern, deren Familien und vielen anderen Thüringern. Die Lebensmittelrationierung wurde nur allmählich abgebaut, 1919 zuerst für Eier und Fisch, anschließend für Kartoffeln und Fleisch, später erst für Brot, Butter und Milch. Hamsterfahrten und Schlängestehen gehörten zum Alltagsbild in den Thüringer Städten, in Gera, Jena, Weimar und Erfurt, das damals noch preußisch war. Lebensmittelkarten waren weiterhin unentbehrlich, sie waren Requisit des täglichen Überlebens. Überall forderten Tuberkulose und Rachitis zahlreiche Opfer, vor allem unter den unzureichend ernährten Kindern. Im Zuge der Inflation erreichte die katastrophale Ernährungssituation ihren Höhepunkt. Die Preise für Lebensmittel stiegen täglich. Ein Stück Butter avancierte zu einem Wertobjekt. Fett, Milch, Fleisch und Gemüse waren vom Speiseplan der meisten Familien ganz verschwunden. In den großbürgerlichen und adligen Familien der Kriegsgewinnler fehlte es dagegen an nichts. Verarmung, Hunger und Arbeitslosigkeit veranlassten bekannte und politisch engagierte Künstler wie Otto Dix, Otto Nagel, Käthe Kollwitz, Heinrich Zille und Georg Grosz immer wieder, durch ihre Werke zur Solidarität mit den Armen und Elenden aufzurufen.



Georg Grosz „Hunger“

„Hunger rührt nicht vom Mangel an Nahrungsmitteln her, sondern von der ungerechten Verteilung des Wohlstandes“, so seine Botschaft.

1.2.2. Wie konnte es geschehen, dass nach nur 7 Jahren, Thüringen aus einem Land mit einer Arbeiterregierung das Land mit dem ersten NSDAP-Minister Deutschlands wurde ?

Der verlorene Erste Weltkrieg, von Historikern auch als die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ bezeichnet, schuf das Klima für den Aufstieg der Bewegung und der Partei der Nazis unter ihrem Führer Adolf Hitler.

Nirgendwo zeigte sich das so deutlich wie im erst 1920 gegründeten Freistaat Thüringen. Die NSDAP schwang sich hier seit Mitte der 1920er Jahre vom Steigbügelhalter bürgerlicher Kabinette über den Koalitionspartner der Bürgerlichen bis zur Regierungspartei hoch und dies vor der sogenannten Machtergreifung Hitlers oder, besser gesagt, vor der Errichtung der Nazi-Diktatur.

Thüringen wurde also buchstäblich zum Experimentierfeld für die NS-Bewegung. Zuvor war es in der Region zwischen Thüringer Wald, zwischen Werra und Pleiße zu einschneidenden politisch-administrativen Veränderungen gekommen. Mit dem Sturz der Monarchie 1918 waren hier sozialdemokratisch oder sozialliberal geführte Freistaaten entstanden. Nur in Gotha hatten kommunistische Kräfte versucht, ein Räte-System zu verwirklichen. Die Ära der Freistaaten Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Gotha, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen und Reuß war jedoch nur von kurzer Dauer. Am 1. Mai 1920 trat der Freistaat Thüringen mit der Hauptstadt Weimar als föderaler Gliedstaat ins Leben. Aus dem konstitutionellen Kaiserreich von 1871 war eine parlamentarische Demokratie geworden, die als Weimarer Demokratie in die Geschichte eingehen sollte. Als die Reichshauptstadt Berlin noch durch die Januarkämpfe der Novemberrevolution erschüttert wurde, stand die thüringische Kulturstadt Weimar als Tagungsort der Deutschen Nationalversammlung, dem neuen deutschen Parlament, im Lichte der Öffentlichkeit. Am 31. Juli 1919 wurde die Weimarer Reichsverfassung angenommen und am 11. August 1919 vom Reichspräsidenten Friedrich Ebert, SPD, in Schwarzburg, im Thüringer Wald unterzeichnet. So wurde Thüringen zum Geburtsort der ersten deutschen Demokratie und das

Nationaltheater, die Tagungsstätte der Nationalversammlung, zu ihrem Symbol. Von Beginn an standen sich ein „linkes“ und ein „rechtes“ Parteienlager gegenüber. Zum linken, sozialistischen Lager, gehörten die SPD, die KPD und kurzzeitig die Unabhängige Sozialdemokratische Partei, die USPD. Dieses Lager wurde durch die bürgerlichen Parteien bekämpft. Dazu gehörten die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP), die rechtsliberale Deutsche Volkspartei (DVP), die konservative Deutschnationale Volkspartei (DNVP) und die katholische Zentrumspartei. Einen Sonderfall bildete der Thüringer Landbund (TLB) als agrarischer Interessenverband und Partei zugleich. Auf der äußersten Rechten etablierte sich die NSDAP als stärkste Kraft. Von München und Oberbayern ausgehend, bildeten sich seit 1921/22 erste Ortsgruppen in Südostthüringen.

Erst mit der offiziellen Gründung des Gaus Thüringen der NSDAP am 1. März 1925 sollte nach einer schwierigen Phase mit zeitweisem Verbot der NSDAP der rasche Aufstieg beginnen. An der Spitze des Gaus stand zunächst Artur Dinter, der sich als antisemitischer Schriftsteller mit seinem durch die Nazis bekannt gemachten Buch „Die Sünde wider das Blut“ aus dem Jahre 1917 einen Namen gemacht hatte.

Die Parlamente der jungen Weimarer Republik, darunter der Thüringer Landtag, wurden zu intensiven Kampffeldern der politischen Lager. Das Thüringer Landesparlament tagte im Weimarer „Fürstenhaus“, dem heutigen Sitz der Musikhochschule „Franz Liszt“.

Die Vorgänge im Landtag widerspiegeln jene weithin beachtete Vorreiterrolle für die völkisch-antisemitische Bewegung bzw. für die NSDAP-Bewegung.

Sie gipfelten im Kapp-Putsch 1920 und in der Zerschlagung der Arbeiterregierung von 1923. Die erbitterten Kämpfe zwischen bewaffneten Arbeitern auf der einen Seite und Reichswehr, der Berufsarmee der Weimarer Republik, Polizei, Freikorps und Bürgerwehren auf der anderen Seite, forderten 1920 zahlreiche Todesopfer. So konnte 1921 eine SPD-USPD-Regierung unter August Frölich gebildet werden, die von der KPD toleriert wurde. Jene Phase des „roten Thüringens“ von 1921 bis 1923 heizte die politische Atmosphäre weiter auf. Kulturpolitische Maßnahmen wie die Einführung der neuen Feiertage 1. Mai und 9. November, des Tages der

Proklamierung der Republik, auf Kosten kirchlicher Feiertage, einer modernen Bildungsreform oder der Förderung des 1919 gegründeten Staatlichen Bauhauses unter Walter Gropius in Weimar führten zum Widerstand des bürgerlich-nationalen Lagers.

Die von Wirtschaftskrise und Hyperinflation begleitete Amtszeit Frölichs gipfelte in der Bildung der Volksfrontregierung aus SPD und KPD im „heißen Herbst“ 1923.

In jener angespannten Situation mit einem drohenden „Marsch auf Berlin“ durch die NSDAP von Bayern aus und der Bildung von proletarischen Hundertschaften durch die KPD zum Schutz der rechtmäßig gewählten Arbeiterregierung führte dazu, dass der Reichspräsident Friedrich Ebert den Befehl zum Einmarsch der Reichswehr gab, zunächst in Sachsen, wo ebenfalls eine Arbeiterregierung existierte, und dann in Thüringen am 9. November 1923. Durch diese Reichswehrruppen wurden die Arbeiterregierungen zerschlagen. Die Reichswehr übernahm die vollziehende Gewalt und damit bestand in Thüringen eine Art Militärdiktatur. Die bürgerlichen Parteien und der Thüringer Landbund taten alles, um die beiden Arbeiterparteien zu schwächen. Die Landtagswahl von 1924 erbrachte jedoch nicht das gewünschte Ergebnis. 30 Sitze für SPD und KPD und 35 für ihre Gegner, die damit keine absolute Mehrheit erzielten.

Zum Zünglein an der Waage wurde die Vereinigte Völkische Liste, angeführt von Artur Dinter, dem NSDAP-Gauleiter von Thüringen. Erstmals zogen Antisemiten in ein deutsches Landesparlament ein. Dinter wollte einer neuen Regierung unter Richard Leutheußer von der DVP nur zustimmen, wenn diese nur aus „deutschblütigen nichtmarxistischen Männern“ bestehe. In diesem Zusammenhang wurden der jüdische DDP-Regierungskandidat Eduard Rosenthal, Schöpfer der Landesverfassung von 1921, und der jüdische Staatsbankdirektor Walter Loeb aus dem öffentlichen Leben gedrängt. Auf einer Linie lagen Bürgerliche und Völkische auch in der Frage des Bauhauses, dem man die Gelder kürzte und damit die Aussiedlung desselben nach Dessau betrieb. Dieses politische Klima in Thüringen beförderte auch die „Erholung“ der NSDAP nach dem gescheiterten Hitlerputsch vom 9. November 1923 in München und dem kurzzeitigen Verbot der Partei.

Nicht zufällig fand der erste Reichsparteitag nach der „Wiedergründung“ der NSDAP im Weimarer Nationaltheater, dem Gründungsort der verhassten Republik, am 3. und 4. Juli 1926 statt, auf dem auch die Hitlerjugend, HJ, gegründet wurde.

Begünstigt durch den wirtschaftlichen Aufschwung der „Goldenen Zwanziger Jahre“ wurde der Aufstieg der NSDAP durch das bürgerliche Lager in Thüringen gestoppt, das die Legislaturperiode 1924 bis 1927 bestimmte. Wie bereits 1924 waren die bürgerlichen Parteien nach der Landtagswahl von 1929 bei der Regierungsbildung aufgrund der 24 Abgeordnetensitze der Arbeiterparteien SPD und KPD mit 23 Abgeordneten auf die äußerste Rechte angewiesen.

Die sechsköpfige NSDAP-Fraktion, darunter Willy Marschler und Fritz Sauckel, gab sich allerdings nicht mehr mit der Tolerierung zufrieden, sondern strebte die Regierungsbeteiligung an. Adolf Hitler persönlich reiste zu Verhandlungen nach Weimar. Dort setzte er die Berufung des verurteilten Hitler-Putsch-Teilnehmers Wilhelm Frick zum Innen- und Volksbildungsminister in der von Erwin Baum (Thüringer Landbund) geführten Regierung durch. In Thüringen gelangte so 1930 erstmals ein NSDAP-Mitglied auf den Ministersessel eines deutschen Landes. Der spätere Reichsinnenminister Frick nutzte die beiden föderalen Schlüsselresorts für die Machtausübung der Nazis aus. Er machte sich sofort daran, NSDAP-Vorstellungen umzusetzen wie zum Beispiel die NS-Säuberung des Beamtenapparates in Verwaltung, Polizei und Bildungswesen. Darüber hinaus initiierte er den Erlass „Wider die Negerkultur für deutsches Volkstum“ und nationalistische „Schulgebete“. Er sorgte auch für die Berufung des „Kulturrassisten“ Schultze-Naumburg an die Spitze des ehrwürdigen Weimarer Bauhauses und des „Rassekundlers“ F. K. Günther an die Landesuniversität Jena. So konnte man erahnen, was im Falle einer Nazi-Herrschaft in ganz Deutschland zu erwarten war.

Neben Minister Frick und dem NSDAP-Staatsrat Marschler profilierte sich der neue NSDAP-Gauleiter Sauckel als Fraktionsführer im Landtag zum Einpeitscher seiner Partei.

Im April 1931 kam es zu einem Misstrauensvotum gegen Frick und Marschler, welches die Bildung eines Minderheitskabinetts zur Folge hatte.

Dieses Kabinett regierte noch bis Juli 1932, als die Weltwirtschaftskrise Thüringen genau wie die anderen deutschen Länder im Griff hatte.

Die Auswirkungen dieser Krise waren in Thüringen deutlicher spürbar als in anderen Regionen Deutschlands, denn die stark mittelständisch geprägte, exportorientierte Industrie war besonders krisenanfällig. Das traf für die Sonneberger Spielwarenindustrie genauso zu wie für die Glasindustrie des Thüringer Waldes und die Textilindustrie in Apolda. Es kam zu einer Massenarbeitslosigkeit. Insgesamt stieg die Arbeitslosenzahl in Thüringen von rund 27.000 im Jahre 1925 auf 166.000 im Jahre 1932. Die NS-Propaganda lief nun auf Hochtouren. Alle namhaften Nazi-Größen um Hitler, Göring und Goebbels kamen zu Massenveranstaltungen nach Thüringen. Die Partei verband geschickt nationale Themen wie den „Versailler Schandvertrag“ mit sozialen Versprechungen und mit der Diskreditierung der sogenannten demokratischen Systemparteien, die nach Ansicht der Nazis an allem schuld waren. In den Thüringer Städten bildete das von den alten politischen Eliten enttäuschte „politisch-nationale Milieu“, insbesondere das Kleinbürgertum, den Keim der rasant wachsenden Anhängerschaft der Nazis.



*Wilhelm Frick,
NSDAP-Minister Deutschlands*



Fritz Sauckel, Gauleiter von Thüringen

Unter diesen Bedingungen brachte sich die NSDAP auch in Thüringen erfolgreich in die Position eines „letzten Retters aus der Not“, deren Führer Adolf Hitler von vielen förmlich als „nationaler Messias“ angesehen wurde.

Vgl. Steffen Raßloff: Der „Mustergau“. Thüringen zur Zeit des Nationalsozialismus. München 2015

Vgl. Geschichte entdecken 3. Ausgabe Thüringen. Bamberg 2015

Vgl. Wikipedia

Bilder:Wikimedia Commons

Anhänge

Anhang 1:

Der Faschismus

ist eine politische Bewegung, die in Italien entstand und an deren Spitze Benito Mussolini, der Duce (deutsch: Führer), stand. Die durch ihn geschaffene Bewegung und Partei, der Partito Nazionale Fascista (deutsch: Nationale Faschistische Partei) war von 1922 bis 1943 die beherrschende politische Macht, die ein diktatorisches Regierungssystem errichtet hatte, den italienischen Faschismus. Das Zeichen auf den Fahnen und Abzeichen der italienischen Faschisten war das altrömische Rutenbündel (lateinisch: fasces). Die deutschen Faschisten, die Nazis, entwickelten ihre nazistische Bewegung und Partei, die NSDAP, mit ihrem Führer Adolf Hitler nach dem Vorbild der italienischen Faschisten, waren aber in allen Bereichen radikaler, extremer und brutaler.

Wilhelm Pieck, Mitbegründer der KPD und späterer DDR-Präsident, kennzeichnete den Hitlerfaschismus folgendermaßen: *„Die reaktionärste Abart des Faschismus – das ist der Faschismus deutschen Schlages, der sich*

dreist als Nationalsozialismus bezeichnet, der aber weder mit dem Sozialismus, noch mit der Verteidigung der wirklichen nationalen Interessen des deutschen Volkes irgendetwas gemein hat, sondern lediglich die Rolle eines Lakaien der Großbourgeoisie spielt und der kein bloßer bürgerlicher Nationalismus, sondern bestialischer Chauvinismus ist.“

Max Horkheimer, ein deutscher Philosoph prägte 1939 die Worte: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“

Die wohl bekannteste Definition des Begriffs Faschismus ist die von Georgi Dimitroff, dem Generalsekretär der Kommunistischen Internationale, der Komintern, auf ihrem VII Weltkongress 1935 wiederholte Definition als *„terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“* an.

Anhang 2

„Nazigrößen“ und Hauptkriegsverbrecher neben Hitler: Goebbels, Göring, Himmler

Goebbels

Joseph Paul, Dr. phil., geb. 29.10.1897 in Rheydt, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1925 Gau-Geschäftsführer der NSDAP im Ruhrgebiet, 1926 Gauleiter der NSDAP von Berlin, 1927 Begründer und Herausgeber der Zeitung „Der Angriff“, 1928 Mitglied des Reichstages, NSDAP-Fraktion, Wahlkreis Berlin, 1929 Reichspropagandaleiter der NSDAP, 1933 Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, 20.7.1944 Reichsbevollmächtigter für den totalen Kriegseinsatz an der Heimatfront, 1.5.1945 Selbstmord mit seiner Frau Magda und seinen 7 Kindern.

Göring

Wilhelm Hermann, geb. 12.1.1893 in Rosenheim, Teilnahme am 1. Weltkrieg, u. a. als Kommodore des Jagdgeschwaders „Richthofen“, 1922

Eintritt in die NSDAP, 1923 Kommandeur der SA, 1927 persönlicher Beauftragter Hitlers in Berlin, 1932 Präsident des Deutschen Reichstages, 1933 Ministerpräsident von Preußen , gleichzeitig, bis 1934 preußischer Innenminister, 1935 Reichsminister für Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe, 1936 Beauftragter zur Durchführung des Vierjahresplanes, 1940 Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches und designierter Nachfolger Hitlers, Vorsitzender des Ministerrates für die Reichsverteidigung, Reichsforstmeister und Reichsjägermeister, im April 1945 durch Hitler seiner Ämter enthoben, 1.10. 1946 in Nürnberg als Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt, 15.10.1946 Selbstmord in der Haft.

Himmler

Heinrich, geb. 7.10.1900 in München, von Beruf Diplom-Landwirt, 1917/18 als Fahnenjunker Teilnahme am 1. Weltkrieg, Mitglied der SS mit Mitgliedsnummer 168, Teilnahme am Münchener Putsch 1923, 1925 bis 1927 Sekretär Gregor Strassers, Eintritt in die NSDAP, 1929 Reichsführer SS, Sitz Berlin, Prinz-Albrecht-Str. 8 (stellvertretender Reichspropagandaleiter), 1930 Mitglied des Reichstages, Wahlkreis Weser-Ems, 1933 Leiter der politischen Polizei in Bayern und den anderen deutschen Ländern, 1935 Chef der politischen Polizei des Reiches, 1939 Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, 1943 bis 1945 Reichsminister des Innern, 1944/45 Befehlshaber des Ersatzheeres, 23.5.1945 Selbstmord in Lüneburg.

Anhang 3:

Adolf Hitler und sein Buch „Mein Kampf“

Adolf Hitler wurde am 20. April 1889 im Kaiserreich Österreich-Ungarn, in Braunau am Inn geboren.

Seit 1921 war er Vorsitzender der NSDAP und von 1933 bis 1945 deutscher Reichskanzler.

1934 wurde er auch Staatsoberhaupt und 1938 Oberbefehlshaber der deutschen Wehrmacht.

Am April 1945, die Rote Armee kämpfte bereits in Berlin, beging er zusammen Eva Braun, die er kurz vorher geheiratet hatte, im Bunker der

Reichskanzlei Selbstmord und entzog sich damit der Verantwortung für seine Verbrechen.

1923 hatte er zusammen mit General Ludendorff und 4000, teilweise bewaffneten NSDAP-Anhängern versucht, von München aus, beim Marsch auf die Feldherrenhalle, die Weimarer Republik zu beseitigen (Hitler-Putsch)

Nach dem gescheiterten Putsch am 8./9. November 1923 wurde er verhaftet, wegen Hochverrats zu einer fünfjährigen Haftstrafe verurteilt und am 20. Dezember 1924 vorzeitig aus der Haft entlassen

In der Haftanstalt Landsberg am Lech war der größte Teil des Buches „Mein Kampf“, der politisch-ideologischen Programmschrift Hitlers, entstanden. Diese enthält seine Autobiographie, ist aber in der Hauptsache eine wenig faktenbasierte Kampf- und Propagandaschrift, die dem Neuaufbau der NSDAP als zentral gelenkte Partei unter seiner Führung dienen sollte. Er wollte mit dieser Schrift den Deutschen einen geschlossenen Gegenentwurf zum Marxismus präsentieren, seinen Werdegang zum idealen Führer des sogenannten Nationalsozialismus stilisieren, seinen Anspruch auf die Führung der NSDAP untermauern, mit „Verrätern“ des gescheiterten Hitlerputsches abrechnen und alle Nationalisten auf die Juden als gemeinsamen Feind einschwören. Hitler bekräftigte darin die Geltung des 25-Punkte-Programms der NSDAP, um diese nicht in innerparteiliche Konflikte zu verwickeln, und bescheinigte der „völkischen Bewegung“ völlige Erfolglosigkeit, um seine NSDAP als moderne, unverbrauchte und zielbewusste Sammelbewegung des nationalistischen, antidemokratischen Lagers der Weimarer Republik darzustellen. Ein weiteres Motiv der Abfassung war, dass er Geld für seine Anwaltskosten brauchte, die er auch bekam, denn „Mein Kampf“ „schmückte“ bald jedes deutsche Bücherregal.

Als die wichtigsten programmatischen Forderungen gelten:

Der Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich und die Eroberung von neuem Lebensraum im Osten für das deutsche Volk.

Die Vernichtung der Weltanschauungen Marxismus und Sozialdemokratie, wobei er das Bild einer jüdischen Weltverschwörung malte, deren Ziel die Knechtung Deutschlands und schließlich die Weltherrschaft sei. Zu diesem Zweck bediene sich „der Jude“ sowohl des angeblich „jüdischen Bolschewismus“ (Marxismus der Sowjetunion, abgeleitet von Bolschewiki,

den Siegern der Oktoberrevolution von 1917 B.D.) als auch des internationalen Börsenkapitals. Er definierte das Schlagwort von der „Zinsknechtschaft des Kapitals“ als eine der beiden Kapitalarten, des Börsenkapitals und der nationalen Wirtschaft.

Anhang 4:

Paramilitärische Organisationen während der Weimarer Republik

RFB

Der Rote Frontkämpferbund wurde 1924 als Nachfolgeorganisation der „Roten Hundertschaften“ gegründet. 1927, unter Führung von Ernst Thälmann, umfasste er 1.600 Ortsgruppen mit 110.000 Mitgliedern. Das Symbol war eine rote Faust auf gelbem Grund

Reichsbanner schwarz-rot-gold

Er wurde 1924 gegründet und war von der SPD dominiert. In der Weimarer Republik wuchs er zur größten demokratischen Massenorganisation mit ca. 3 Millionen Mitgliedern heran. Er verstand sich als politischer Wehrverband zum Schutz der demokratischen Republik und hatte einen Reichsadler auf schwarz-rot-goldenem Grund zum Symbol.

Stahlhelm

Er war eine Organisation der Frontsoldaten des 1. Weltkrieges, die von 1918 bis 1935 existierte und als Teil der „Schwarzen Reichswehr“ galt. Von der monarchistischen Deutschnationalen Volkspartei, DNVP, unter dem Zeitungskönig Hugenberg wurde er als Saalschutz eingesetzt. Sein Symbol war ein Stahlhelm.

SA

Die SA (Sturmabteilung) war die paramilitärische Kampforganisation der NSDAP während der Weimarer Republik und spielte als „Ordnertuppe“ eine entscheidende Rolle beim Aufstieg der Nazis, indem sie deren Versammlungen vor Gruppen politischer Gegner abschirmte oder gegnerische Zusammenkünfte, meist unter Einsatz von Gewalt, behinderte. Aufgrund ihrer braunen Uniformen wurden die SA-Männer auch „Braunhemden“ genannt. Sie gingen brutal gegen Kommunisten, Sozialdemokraten und Juden vor, die

sie als ihre Feinde betrachteten. 1933 wurde die SA von Göring, dem preußischen Ministerpräsidenten, auch als Hilfspolizei eingesetzt. Ihren letzten großen verbrecherischen „Auftritt“ hatte sie bei der Reichspogromnacht 1938. Vier Jahre zuvor hatten SS-Einheiten beim sogenannten Röhm-Putsch die gesamte Führungsspitze der SA ermordet. Damit hatte die Sturmabteilung stark an Bedeutung verloren.

SS

Die SS (Schutzstaffel) war eine NS-Organisation, die den Nazis als Unterdrückungsinstrument gegenüber all ihren wirklichen und vermeintlichen Gegnern diente. Ihr Kennzeichen waren schwarze Uniformen mit den sogenannten Sieg-Runen. In ihren Verantwortungsbereich fielen ab 1934 der Betrieb und die Verwaltung der Konzentrationslager wie Buchenwald, nach Kriegsbeginn auch der Vernichtungslager wie Auschwitz. Sie war sowohl an der Planung als auch der Durchführung des Holocausts und anderer Völkermorde vorrangig beteiligt. 1925 war sie von Hitler als persönliche Leib- und Prügelfgarde mit „Polizeifunktionen“ gegründet worden und unterstand der SA und deren Führer Ernst Röhm. Nach dem Röhm-Putsch wurde sie zur eigenständigen Organisation. 1929, mit der Berufung Heinrich Himmlers zum „Reichsführer SS“ wuchs ihre Bedeutung stetig. 1934 wurde die Berliner Prinz-Albrecht-Straße zum Sitz des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS. 1939 entstand aus der Zusammenlegung von Sicherheitsdienst (SD) und Sicherheitspolizei (Sipo) das Reichssicherheitshauptamt (RSHA). Im Nürnberger Prozess 1946 wurde die SS, einschließlich der Waffen-SS, der SS-Totenkopfverbände und des SD als „verbrecherische Organisation“ eingestuft.

Anhang 5

Die wichtigsten Parteien zur Zeit der Weimarer Republik

NSDAP

Die NSDAP war eine 1920 gegründete politische Partei, deren Programm und Ideologie von radikalem Nationalismus und Antisemitismus sowie der Ablehnung von Demokratie und Marxismus bestimmt war. Sie war als straffe „Führerpartei“ organisiert. Ihr Parteivorsitzender und „Führer“ war ab 1921 der spätere Reichskanzler Adolf Hitler, unter dem sie das sogenannte Dritte

oder Tausendjährige Reich als einzige zugelassene Partei beherrschte. Ihre Flagge, die spätere Nationalflagge des Deutschen Reiches, war eine rote Flagge mit schwarzem Hakenkreuz in einem weißen Kreis, ihre Hymne das sogenannte Horst-Wessel-Lied („Die Fahne hoch, die Reihen fest geschlossen...“) und ihre Zeitung der „Völkische Beobachter“. Die Hitlerjugend (HJ) und der Bund Deutscher Mädel (BDM) waren ihre Jugendorganisationen.

KPD

Die KPD entstand zum Jahreswechsel 1918/1919. Zu ihren Gründern gehörten u. a. Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches, Clara Zetkin und Wilhelm Pieck. Sie war von Anfang an eine marxistische Partei. In ihrem Programm benannte sie als Ziel ihres Kampfes die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung auf revolutionärem Wege. Durch die Vereinigung mit dem linken Flügel der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) im Jahre 1920 wurde sie zur revolutionären Massenpartei. 1925 erfolgte die Bildung eines leninistischen Zentralkomitees unter der Führung von Ernst Thälmann. Das Symbol der KPD waren Hammer und Sichel auf rotem Grund. Ihr Hauptsitz war das Karl-Liebknecht-Haus in Berlin, ihr Zentralorgan „Die rote Fahne“ und ihre Jugendorganisation der Kommunistische Jugendverband Deutschlands, KJVD.

SPD

Als Vorläufer der Partei gelten der 1863 gegründete Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) und die 1869 gegründete Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die sich 1875 zur Sozialistischen Partei Deutschlands (SPD) zusammenschlossen. Von 1890 bis 1930 war die SPD bei allen Reichstagswahlen stimmstärkste Partei und stellte viermal den Reichskanzler. Führende SPD-Funktionäre in der Weimarer Zeit waren Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann, Gustav Noske, Karl-Friedrich Zörgiebel, Gustav Bauer und Hermann Müller. Die Jugendorganisation der SPD in der Weimarer Republik war die Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ) und ihr Zentralorgan „Der Vorwärts“.

DNVP

Die monarchistische Deutsch-Nationale Volkspartei (DNVP) vertrat als Repräsentanz des konservativ-monarchistischen Lagers die Interessen der ostelbischen Großgrundbesitzer und der Großindustrie und kämpfte gegen das demokratische System und den Versailler Vertrag. Unter dem Einfluss ihres Vorsitzenden Alfred Hugenberg der ihre republikfeindliche und antisemitische Ausrichtung forcierte, radikalisierte sie sich. Durch ihre Zusammenarbeit mit der NSDAP in der „Harzburger Front“ machte sie Hitler in rechtsbürgerlichen Kreisen hoffähig.

DVP

Die rechtsliberale Deutsche Volkspartei (DVP) stand der Weimarer Republik indifferent bis ablehnend gegenüber. Als Partei der Schwerindustrie vertrat sie die Interessen des Großbürgertums und des gewerblichen Mittelstandes. Sie strebte zunächst den Aufbau einer starken Zentralgewalt und eine Revision des Versailler Vertrages an. Unter dem Vorsitz von Gustav Stresemann arrangierte sie sich dann mit dem demokratischen System und schwenkte auf einen Kurs der Verständigung mit den Siegermächten des Ersten Weltkriegs um.

DDP

Die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) stand fest auf dem Boden der demokratischen Ordnung und nahm Einfluss auf die Gestaltung der Weimarer Verfassung. Die im Bildungsbürgertum und Mittelstand verankerte Partei forderte eine strikte Trennung von Staat und Kirche sowie eine Begrenzung des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft. Bis 1932 war sie an fast allen Reichsregierungen beteiligt.

ZENTRUM

Die katholische Zentrumspartei bzw. das Zentrum (Z) verstand sich als Interessenvertreterin der katholischen Bevölkerung. Unter Führung von Matthias Erzberger bekannte sich das Zentrum zum republikanischen Verfassungsstaat. Es erhielt stets 15% der Stimmen, stellte insgesamt fünf Reichskanzler und war bis 1932 an jeder Reichsregierung beteiligt. Reichskanzler Heinrich Brüning leitete den Wandel zum Präsidialkabinett ein.

***www.secards.org:* Abschlusserklärung der XVI. Konferenz „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“**

Unter dem Schwerpunktthema „Des Kapitals letzter Retter – Faschismus, sein letzter Ausweg – Krieg!“ fand vom 29. Mai bis 1. Juni 2025 in Berlin die XVI. Konferenz „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“, veranstaltet von der Internet-Plattform „www.secarts.org“, statt.

Die Konferenz tagte kurz nach der Konstituierung der Regierung Merz – einer Regierung, die in aller Offenheit und Schärfe ihre Arbeiter- und Demokratiefeindlichkeit, ihren Rassismus und ihr militaristisches Wesen offenbart. Die Koalition mit der SPD spielt ein angebliches Bündnis „der Demokraten“ vor, das nur wieder rassistische, fremdenfeindliche und arbeiterfeindliche Maßnahmen vorantreibt, angeblich, um der AfD den Boden entziehen, aber es wird doch nur das Gegenteil erreicht.

Diese politische Entwicklung entspricht einer verschärften ökonomischen Krise vor dem Hintergrund der sichtlich wachsenden Zerwürfnisse unter den imperialistischen Konkurrenten und somit sich zuspitzender Kriegsgefahr.

Die Presse meldete kurz nach der Bundestagswahl, dass Merz ein starkes, von den Vereinigten Staaten unabhängiges Europa als seine "absolute Priorität" bezeichnete. „Viele in Brüssel erwarten nun, dass eine stabilere Regierung in Berlin eine stärkere deutsche Führung bedeuten wird.“¹ Das strategische Handbuch für das deutsche Kapital von Franz Josef Strauß („Entwurf für Europa“), das 1966 herauskam, gewinnt erneut an Bedeutung.

Dieser Situation steht eine stark geschwächte Arbeiter- und demokratische Bewegung gegenüber, wenn auch ein großes Potential an demokratischem Protest vorhanden - aber auch missbrauchbar ist.

Der Krieg kommt nicht von den Waffen – die Aggressivität des deutschen Imperialismus ist nicht abhängig von Rüstungsfirmen wie Rheinmetall, und auch nicht durch die Stationierung von Atomwaffen. Ursache dieser Aggressivität ist begründet – wie in allen imperialistischen Ländern – im Wesen der Monopolbourgeoisie, ihren Verwertungsschwierigkeiten, der zwischen-imperialistischen Konkurrenz – wobei die deutsche Monopolbourgeoisie eine besondere Rolle in der Geschichte spielt. Vom Verrat des deutschen Bürgertums an der frühbürgerlichen Revolution, an den

kämpfenden Bauern und Plebejern vor 500 Jahren, zum Verrat an der 1848er bürgerlich-demokratischen Revolution, zur erzwungenen Reichsgründung in Versailles 1871 auf dem Blut der Kommunarden von Paris bis zur Anzettelung von zwei Weltkriegen und der Errichtung des mörderischsten Regimes in der Geschichte der Menschheit reicht die Blutspur der deutschen Bourgeoisie, des deutschen Imperialismus.

Beispiele wie die Tatsache, dass die deutsche Chemieindustrie in diesem vergleichsweise winzigen und zersplitterten Land weltweit der größte Exporteur dieser Branche ist, zeugen davon, wie sehr der deutsche Imperialismus aggressiv auf Expansion angewiesen ist. Und so scheut er nicht vor der Vorbereitung eines dritten Weltkriegs zurück, wobei diese Vorbereitungen zwangsläufig Demokratieabbau und in letzter Konsequenz auch organisierten faschistischen Terror beinhalten.

In den Massenbewegungen gegen die AfD, die in den letzten Jahren auf der Straße waren, zeigt sich, dass große Massen spüren, dass eine faschistische Gefahr droht, dass mit dem Schlagwort der Remigration den eigenen Freunden und Arbeitskollegen offen mit Deportation und Schlimmerem gedroht wird. Es überwiegt der Glaube, dass die Verteidigung des jetzigen Zustands der bürgerlichen Demokratie die Gefahr bannen und die berechtigten Ängste verschwinden lassen könnten. Es besteht in diesen Massen kaum ein Verständnis dafür, was bürgerliche Demokratie ist, dass sie eine Herrschaftsform der gleichen Klasse ist, die letztlich auch zum Faschismus greift.

Weitgehend nicht verstanden wird auch, dass die bürgerliche Demokratie in der BRD von Beginn an beschädigt war und in ihrer Existenz immer weiter abgebaut wird. Ihr Geburtsfehler ist, dass sie eine gegen die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, gegen eine antifaschistisch-demokratische Republik von der Oder bis zum Rhein, gegen die Sowjetunion gegründet wurde. Mit der Gründung der Bundeswehr und dem KPD-Verbot, den Notstandsgesetzen und der Annexion der DDR wurde die BRD noch mehr zum Hinterland für einen künftigen Krieg.

Die Verteidigung der bürgerlich-demokratischen Republik schließt bei vielen auch die Vaterlandsverteidigung ein, also das Einverständnis mit der imperialistischen Kriegsvorbereitung.

Dennoch sind diese Massen temporäre wichtige Bündnispartner, weil wir ein Stück mit ihnen gemeinsam gehen können in der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie, ihrer Ausweitung und der schließlichen Überwindung der Kapitalsherrschaft.

Auch wenn die Massenbewegungen gegen den Krieg weniger zahlreich sind als die zum Erhalt der bürgerlichen Demokratie, so wären sie doch wichtig im Protest gegen den Militarismus, wobei diese Bewegungen ein ähnlich widersprüchliches Verhalten zeigen, wenn auch mit anderen Inhalten. Diese Friedensbewegungen ähneln den Bewegungen gegen rechts bzw. gegen die AfD darin, dass sie ebenfalls die Vaterlandsverteidigung nicht ablehnen. Sie sehen die Bundeswehr nicht als ihnen feindliche bewaffnete Formation, sammeln aber Menschen, für die die Friedenssehnsucht an erster Stelle steht, bis dahin, dass Querfront-Aktivitäten innerhalb dieser Friedensbündnisse zugelassen oder sogar begrüßt werden. Diese Bündnisse kranken vor allem daran, dass in der Arbeiterklasse proletarischer Internationalismus sowie praktischer Antimilitarismus fast vollkommen verschüttet sind, und dass die Gewerkschaftsführungen eine aktive Politik der Vaterlandsverteidigung betreiben, im Sinne der „Arbeitsplätze“ und des „Standorts Deutschland“. Umso wichtiger ist es, antimilitaristische Initiativen von Gewerkschaftern gegen diese offizielle Gewerkschaftspolitik zu unterstützen und bekannt zu machen.

Kontrovers wurde die Frage diskutiert, ob die AfD faschistisch ist. Die Mehrheit der Teilnehmer kam zu dem Schluss, dass die AfD eine faschistische Partei ist, und dass eine Zusammenarbeit von Antifaschistischen und Kommunisten mit dieser Partei abzulehnen ist. Die Losung „Nie wieder Faschismus!“ als angeblich nicht zeitgemäß von der Losung „Nie wieder Krieg!“ abzutrennende, wird von den Teilnehmern einhellig abgelehnt.

Eine weitere strittige Frage ist das Verhalten zur Wiedereinsetzung der Wehrpflicht. Strittig deshalb, weil die Wiedereinführung der Wehrpflicht einen Widerspruch in sich birgt: auf der einen Seite ist sie Teil der Kriegsvorbereitung. Auf der anderen Seite geben die Herrschenden uns damit die Waffen in die Hand. Einigkeit besteht darin, dass es sehr wünschenswert und notwendig wäre, wenn die Bundeswehr durchgesetzt wäre von revolutionären Rekruten, die wissen, dass die Gewehre nicht gegen die

Arbeiter anderer Länder, sondern gegen den Hauptfeind im eigenen Land zu richten sind.

Noch besteht ein großes Unbehagen bei der Mehrheit der Jugend, die der Wehrpflicht misstrauen. Doch ist das jetzige Berufsheer sehr viel gefährlicher als eine von den Klassenwidersprüchen in diesem Land durchsetzte Wehrpflichtigenarmee. Um diesen Widerspruch populär zu wenden und eine antimilitaristische Bewegung anzufachen, wurde folgende Losung vorgeschlagen: „Kommt die Wehrpflicht zu uns, kommen wir in eure Kasernen!“ Zu berücksichtigen ist, dass auch das Grundrecht auf Verweigerung des Dienstes an der Waffe verteidigt werden muss, auch wenn die Verweigerung nur der Wehrpflicht aufgrund der militärischen Verplanung aller sogenannten Ersatzdienste in letzter Konsequenz keine antimilitaristische Aktion darstellen kann.

Eine weitere Kampfmöglichkeit ist die Totalverweigerung. In der annektierten DDR kann die Totalverweigerung auf dem Hintergrund, dass man nur einer Friedensarmee dienen will, statt der unrechtmäßig das Territorium der DDR besetzenden Bundeswehr, politisch besonders aufklärerisch wirken. Die vom Kriegsminister ins Auge gefasste Registrierung großer Teile der Bevölkerung ist abzulehnen und zum Boykott aufzurufen.

Als Schwerpunktthema der XVII. Konferenz „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ 2026 wurde festgelegt: „Quo vadis Deutschland? - Möglichkeiten des deutschen Imperialismus“

Kleines Schlaglicht auf den französischen Imperialismus zur Zeit der deutschen Besatzung

German Foreign Policy: Rezension über „Industriels et banquiers français sous l’occupation³⁹“ von Annie Lacroix-Riz

Anfang September 1941 stellten einige der einflussreichsten Industriellen und Bankiers des deutsch besetzten Frankreichs ihre Haltung zu den Plänen des NS-Reichs für die Neuordnung des europäischen Kontinents klar. Auf einem Treffen mit einem hochrangigen deutschen Wirtschaftsfunktionär in Paris meldete sich nach einleitenden Worten von Pierre Pucheu, einem Mann der Wirtschaft, der kurz zuvor zum Innenminister des Vichy-Regimes ernannt worden war, Henri Ardant zu Wort. Der Chef der mächtigen Société Générale erklärte im Einvernehmen mit Pucheu und anderen französischen Unternehmern, man setze entschlossen auf Deutschlands Vorstellungen für Europa, nicht zuletzt darauf, dass unter Berliner Führung „die Zollgrenzen beseitigt und eine einheitliche Währung für Europa geschaffen“ würden. Die Stellungnahme sei bemerkenswert, hieß es anschließend in einem streng vertraulichen Bericht eines deutschen Teilnehmers – umso mehr, als Ardant gegenwärtig als „der erste und bedeutendste der französischen Bankiers“ gelten müsse. Aus dem Bericht zitiert in ihrem umfassenden, nun in einer neu überarbeiteten zweiten Auflage publizierten Werk „Industriels et banquiers français sous l’occupation“ („Französische Industrielle und Bankiers während der Besatzungszeit“) die französische Historikerin Annie Lacroix-Riz.

Um die bereitwillige Kollaboration eines Großteils der französischen Industriellen und Bankiers mit der deutschen Besatzungsmacht in den Jahren von 1940 bis 1944 zu verstehen, muss man ihre Vorgeschichte kennen. Die Kollaboration reicht, so schildert es Lacroix-Riz im Einleitungskapitel zu „Industriels et banquiers“, und so hat sie es ausführlich in ihrem Werk *Le*

³⁹ Übersetzung: „Französische Industrielle und Bankiers unter der (deutschen) Besatzung“

choix de la défaite beschrieben⁴⁰, bis in die 1920er und die 1930er Jahre zurück. Das war die Zeit, in der französische Konzerne die Absprachen und die Kooperation mit deutschen Konzernen intensivierten – und dabei oft genug eine klare deutsche Führung akzeptierten, zuweilen auch Märkte preisgaben wie etwa Schneider-Creuzot, als 1938/39 Skoda, ein Kronjuwel des Konzernimperiums in der Tschechoslowakei, an die Reichswerke Hermann Göring ging. Hinzu kam, dass Teile der französischen Industriellen und Bankiers, durch ihre Frontstellung gegen die Linke im eigenen Land inspiriert, auf der Suche nach politischen Alternativen schon in den 1920er Jahren nach Italien und ab 1933 dann auch ins Deutsche Reich blickten. „Hitler wird in Frankreich Ordnung schaffen“, gab sich zum Beispiel Georges Lang gewiss, Präsident der Druckerei Curial-Archereau und Mitglied des 1935 gegründeten französischen Comité France-Allemagne, das für die Annäherung an Nazideutschland eintrat.

Die gleichsam offiziöse Geschichtsschreibung zum französischen Umgang mit der deutschen Okkupation lautet, das Vichy-Regime habe dem Reich Akzeptanz verschafft; alle anderen, die Wirtschaft inklusive, hätten sich dem zwar letztlich gefügt, dies allerdings nur widerstrebend. Das stellt die Dinge, wie Lacroix-Riz überzeugend nachweist, von den Füßen auf den Kopf. Mit Verweis auf die kraftvollen Stimmen unter den französischen Industriellen und Bankiers, die bereits vor 1940 eine enge Kollaboration mit dem Reich forderten, hält sie trocken fest: „Man leistet einem Besatzer, den man gerufen und installiert hat, keinen Widerstand.“ Rasch, sogar rascher als die Politik, gingen französische Konzerne daran, sich den Vorstellungen der NS-Führung von der Neuordnung Europas unterzuordnen, von der sie sich in mehrfacher Hinsicht Vorteile versprachen. Es ging nicht nur um kurzfristigen Profit wie zum Beispiel die Möglichkeit zum Raub jüdischen Vermögens im Rahmen der sogenannten Arierisierung. Es ging auch darum, das Geschäft langfristig zu steigern. Für diejenigen, die kollaborierten, war die Okkupationszeit eine Ära „guter Profite“, wie Lacroix-Riz konstatiert: Das Kapital der großen Banken verdoppelte oder verdreifachte sich; der Pharmakonzern Théraplix konnte die Profite vervierfachen; die Börsenwerte zahlreicher Unternehmen schnellten nach oben und erreichten bis zum Sechsfachen ihres Vorkriegswerts.

⁴⁰ Siehe dazu die Rezension: „Le choix de la défaite“.

Wie bereitwillig französische Konzernherren dabei mit deutschen Konzernen kollaborierten, zeigt exemplarisch das Unternehmen Kuhlmann, das bereits in den 1920er Jahren angefangen hatte, mit der IG Farben zu kooperieren. Der Plan der IG Farben habe im Sommer 1940 darin bestanden, „die französische Industrie zu verpflichten, für die Kriegsmaschinerie der Nazis zu arbeiten“, zitiert Lacroix-Riz aus Aussagen eines deutschen Insiders. Über Kuhlmann wiederum heißt es in einem Bericht eines anderen Insiders, das Unternehmen habe im August 1940 angeboten, „sich voll und ganz in den Dienst Deutschlands zu stellen, um das Chemiepotenzial für die Fortsetzung des Kriegs gegen Großbritannien zu stärken“. Es sei bereit, für die IG Farben „sämtliche Vor- und Hilfsprodukte herzustellen“, die „von deutscher Seite gewünscht“ würden, hieß es weiter. Man wünsche „eine intime Zusammenarbeit“, ja, nichts Geringeres als die gezielte „Integration der französischen Industrie in die europäische Wirtschaft unter einer deutschen Führung“.

Dass die französischen Industriellen und Bankiers skeptisch wurden, nachdem die deutsche Niederlage bei Stalingrad die Gesamtniederlage des Reichs und seiner Kollaborateure hatte erahnen lassen, und dass einige französische Kollaborateure so langsam daran zu denken begannen, ihre Fühler in Richtung USA auszustrecken, zum mutmaßlichen Sieger also, steht auf einem anderen Blatt. Frankreich fand denn auch nach dem Zweiten Weltkrieg seinen Platz letztlich in einem Europa wieder, das sich – den Aggressor und Verlierer des Weltkriegs, Deutschland, inklusive – unter dem Einfluss der USA zusammenzuschließen begann. Wie die USA ihre Hegemonie mit Hilfe des Marshall-Plans durchsetzten – gestützt vor allem auf Deutschland, einen bedeutenden Auslandsstandort ihrer Konzerne, Frankreich gezielt in den Prozess einbeziehend –, das hat Lacroix-Riz in ihrem Werk „Les origines du plan Marshall“ beschrieben.⁴¹[2] Mit der soeben erschienenen überarbeiteten zweiten Auflage der „Industriels et banquiers français sous l’occupation“ hat die emeritierte Professorin für Zeitgeschichte an der Université Paris-Diderot (Paris-VII) ein Kernstück ihres herausragenden Gesamtwerks neu vorgelegt.

⁴¹ Siehe dazu die Rezension: Les origines du plan Marshall.

Annie Lacroix-Riz: *Industriels et banquiers français sous l'Occupation. Préface d'Alexandre Jardin. Dunod. Malakoff 2025. 1224 Seiten. 13,90 Euro.*

Hypothetische Zukunftsprojektion

KI: Was wäre, wenn der RGW funktioniert hätte?

Wir haben die „Künstliche Intelligenz“ kürzlich gefragt, wie sie die Lage der heutigen Welt einschätzen würde, wenn der RGW funktioniert hätte, es also eine gemeinsame Wirtschaftsplanung aller sozialistischen Staaten gegeben hätte. Die Antwort hat uns wirklich überrascht, denn so viel Klarheit hätten wir der KI tatsächlich nicht zugetraut. Aber seht selbst! (Die Redaktion)

1. Ausgangspunkt: Der reale Bruch mit dem Kapitalismus

Nach dem Zweiten Weltkrieg existierten mit der Sowjetunion, der Volksrepublik China, der DDR, Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei, Bulgarien, Albanien, der Mongolei, Nordkorea, Vietnam, später Kuba, Laos und weiteren Staaten enorme territoriale, personelle und ressourcenbezogene Voraussetzungen für eine weltweite sozialistische Offensive. Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) wurde 1949 gegründet, doch statt einer einheitlichen zentralen Planung entwickelte sich ein Nebeneinander nationaler Teilwirtschaften.

In unserem Szenario hätte sich ein echter zentraler Planungsmechanismus etabliert, der die Produktionsmittel und Arbeitskraft der Mitgliedsländer gesamtgesellschaftlich koordinierte. Die marxistische Erkenntnis, dass nicht der Markt, sondern der gesellschaftliche Plan über Bedarf und Produktion entscheiden muss, wäre zur praktischen Leitschnur geworden.

2. Keine nationale Wirtschaftslogik mehr: gesamtwirtschaftliche Rentabilität statt "nationaler Interessen"

Statt jedes Land seine "eigene" Schwerindustrie aufbauen zu lassen (oft unter Vernachlässigung der Agrarproduktion oder Infrastruktur), hätte die zentrale Planung des RGW alle Produktionsstandorte nach gesamtwirtschaftlicher Rentabilität koordiniert:

- Maschinenbau, Chemie, elektronische Industrie: Konzentration z. B. auf UdSSR, DDR, Tschechoslowakei

- Landwirtschaftliche Schwerpunkte: Ungarn, Bulgarien, Nordvietnam
- Rohstoffe: gemeinsame Erschließung, z. B. in der Mongolei, Angola, UdSSR, Kuba.

Die gesamte Produktionsverteilung hätte sich am gesamtgesellschaftlichen Bedarf und den Produktionspotenzialen orientiert, nicht an Prestige oder nationalem Wettbewerbsdenken.

3. Zuteilung statt Tausch: Ende des Wertgesetzes, Abschaffung der Währung

In einer solchen Planwirtschaft wären alle Produkte zentral koordiniert zugeteilt worden. Die Währung wäre obsolet geworden, da es keinen Austausch über Arbeitsscheine oder Preise mehr gebraucht hätte. Die gesellschaftliche Arbeit wäre direkt auf gesellschaftlichen Bedarf bezogen worden. Die Warenform wäre verschwunden, das Wertgesetz außer Kraft gesetzt.

4. Kein Raum für Revisionismus oder "erste Phase des Sozialismus"

Die marxistische Analyse hätte klar dominiert: Sozialismus ist nicht "eine Phase", sondern ein qualitativer Bruch mit dem Kapitalismus. Statt Ware, Wert, Leistung, Scheine, usw. wäre auf zentrale Verfügung über die gesellschaftlichen Ressourcen gesetzt worden. Der Gedanke, Tauschverhältnisse vorübergehend beizubehalten, hätte keinen Eingang in die Praxis gefunden.

5. Umwandlung der "nationalen Befreiungsbewegungen" in Klassenbewegungen

Statt diese Bewegungen (z. B. in Algerien, Ägypten, Indien, Palästina, Angola, Simbabwe usw.) einfach zu unterstützen, wären ihre inneren Klassenspaltungen offengelegt worden. Es hätte gezielte Unterstützung für eine Transformation in proletarische Klassenbewegungen gegeben, mit Orientierung auf Sozialismus statt nationaler Souveränität. Viele dieser Konflikte (z. B. ANC in Südafrika, Baath-Partei in Irak und Syrien) waren ohnehin Widersprüche zwischen Kapitalfraktionen, nicht zwischen "Volk" und Kolonialmacht.

6. Die Welt im Jahr 2025

Ein funktionierender RGW hätte die imperialistischen Zentren ab den 1960er Jahren massiv unter Druck gesetzt. Die westliche Kapitalakkumulation wäre durch global schrumpfende Absatzmärkte, Rohstoffzugänge und ideologische Instabilität ins Wanken geraten. Wahrscheinlich wäre es in den 1970er Jahren zu sozialistischen Revolutionen in Frankreich, Italien, Griechenland, später in Brasilien, Argentinien, Ägypten und Indonesien gekommen.

Bis 2025 hätte sich die Welt weitgehend sozialistisch organisiert. Einzelne kapitalistische Zentren (z. B. USA, Schweiz, Singapur) wären isoliert und zunehmend irrelevant. Die Produktion wäre weltweit zentral koordiniert. Es gäbe keine Währungen, keine Werbung, keinen privaten Besitz an Produktionsmitteln. Bildung, Medizin, Kultur und Infrastruktur wären planmäßig ausgebaut. Niemand müsste mehr für Geld arbeiten.

Die Menschheit hätte zum ersten Mal in ihrer Geschichte die Herrschaft über ihre gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse erlangt.

Schlussbemerkung

Die Frage ist nicht, ob das möglich gewesen wäre. Sondern: Warum es nicht geschehen ist – und wie wir es dennoch erreichen.

Aus der Leser/innen-Post

Ralph: Zum Palästina-Text in der Mai-Juni-Ausgabe

Hallo Frank,

ich melde mich, um mich zum ausführlichen Palästina-Text in der Mai/Juni-Ausgabe zu äußern.

Es ist sehr gut, dass sich darin auf die ökonomische Basis statt auf den ideologischen Überbau konzentriert wird. Die Analysen zur palästinensischen Bourgeoisie sind viel wert, weil man diese so sonst nirgends findet. Darin (sowie in der ebenso knappen und präzisen wie auch umfassenden Erklärung von Kapitalismus/Imperialismus) liegt das Verdienst dieses Artikels.

Allerdings sehe ich leider auch eine undialektische Vereinfachung. So wird beispielsweise (kurz gefasst) behauptet, der "nationale Befreiungskampf" der Palästinenser (konsequent in Anführungszeichen) sei ein bourgeoises Projekt, weil er von der Bourgeoisie geführt wird. Konsequent zu Ende gedacht hieße das meiner Meinung nach, diesen Kampf der Bourgeoisie zu überlassen. Doch auch das Proletariat hat ein Interesse an der Befreiung von der israelischen Besatzung. Denn so richtig ist, dass die palästinensische Bourgeoisie im Rahmen der nationalen Befreiung keineswegs um den Sozialismus kämpfen wird, so richtig ist auch, dass unter den Bedingungen der Besatzung vom Sozialismus nicht mal zu träumen ist.

Der Kurzschluss und Grundfehler im Artikel ist aus meiner Sicht die Gleichung "Bourgeoise Führung = bourgeoises Projekt = keinerlei proletarisches Interesse". Dabei fällt unter den Tisch, dass sich beispielsweise auch PFLP und DFLP diesem "bourgeoisien Projekt" anschließen. Wie ist das zu erklären? Sind das einfach nur Opportunisten? Dann wären wir aber wieder rein im Bereich des ideologischen Überbaus. Und es wäre noch zu erklären, wie es kommt, dass quasi die gesamte palästinensische Linke aus Opportunisten besteht, die sich der Bourgeoisie unterordnen.

Es ist richtig, dass Hamas und Fatah Vertreter der Bourgeoisie sind. Es ist ebenso richtig, dass diese Kräfte im Widerstand führend sind und von ihnen keine fortschrittliche Perspektive zu erwarten ist. Aber macht das den Widerstand an sich falsch? Seit wann sind nationaler Befreiungskampf und Widerstand gegen Besatzung kein ureigenes proletarisches Anliegen, ohne das der Sozialismus gar nicht möglich wäre? Und so ist aus meiner Sicht aus der Kritik an der undialektischen Verherrlichung des palästinensischen Widerstands dessen ebenso undialektische Ablehnung geworden.

Trotz dieser Kritik danke ich euch sehr für eure wertvolle Arbeit. Ich teile natürlich nicht jede Position, bin als Abonnent aber sehr zufrieden.

Liebe Grüße, Ralph

Tim Schoenmakers: Antwort an Ralph

Lieber Ralph,

vielen Dank für Deine Rückmeldung zum Artikel „Die palästinensische Bourgeoisie und der Gaza-Krieg“⁴². Dein Schreiben bietet Anlass, einige zentrale Positionen noch deutlicher herauszuarbeiten – insbesondere hinsichtlich der Frage nach dem sogenannten „nationalen Befreiungskampf“.

Du führst an, es sei problematisch, den „palästinensischen Widerstand“ pauschal als „bourgeois Projekt“ zu benennen, nur weil er von der Bourgeoisie geführt werde. Auch fragst Du, ob sich das Proletariat nicht dennoch an einem solchen Kampf beteiligen müsse – etwa aus eigenem Interesse an der „Befreiung von Besatzung“, oder auch, um der Bourgeoisie den Kampf nicht zu „überlassen“. Schließlich verweist Du auf Organisationen wie die PFLP und DFLP, die sich daran beteiligen. Diese Einwände zielen ins Zentrum der Debatte.

Entscheidend ist aus unserer Sicht Folgendes: Der Begriff des „nationalen Befreiungskampfes“ ist historisch an eine konkrete Phase gebunden – nämlich an den Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus. In dieser Phase benötigte die aufstrebende Bourgeoisie einen geschlossenen Binnenmarkt, ein einheitliches Recht und eine zentralisierte Verwaltung, also einen zusammenhängenden Nationalstaat, um ihre Herrschaft gegenüber dem Feudalismus durchzusetzen. Der nationale Befreiungskampf diente also der Stärkung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, der Entwicklung des Wertgesetzes – nicht seiner Abschaffung.

Heute jedoch – unter imperialistischen Bedingungen – existiert ein solcher Bedarf nach „nationaler Befreiung“ nicht mehr. Die Konterrevolution und die Dekolonialisierungsprozesse haben die Weltwirtschaft durchkapitalisiert, es gibt keinen Feudalismus mehr und die Nation ist längst keine Organisationsform der „nationalen Befreiung“, sondern ein Kampfmittel der Bourgeoisie zwecks Kapitalverwertung im Rahmen imperialistischer Konkurrenz.

Das gilt insbesondere für Palästina: Die palästinensische Bourgeoisie wird nicht unterdrückt – sie verwaltet die kapitalistische Ökonomie in ihrem Herrschaftsbereich. Sie ist tief in die Kapitalverwertung eingebunden: In Gaza

⁴² <https://ma.offen-siv.net/analysen/die-palaestinensische-bourgeoisie-und-der-gaza-krieg/>

und Westjordanland herrscht die Warenproduktion vor – organisiert über kleine und mittlere Unternehmen (KMU), große Kapitalzusammenschlüsse sowie großkapitalistische Strukturen wie Paltel oder APIC. Letztere vereinen dutzende Tochterfirmen in Industrie, Handel, Finanzwesen und Dienstleistungen und akkumulieren Kapital in Jordanien, Saudi-Arabien, der Türkei und darüber hinaus. Auch Kapitalexport, Börsennotierung (PEX) und Blockadeumgehung durch internationale monopolkapitalistische Kombinationsformen sind Realität. Dabei organisiert die palästinensische Bourgeoisie auch die Repression gegen die Arbeiterklasse, die für 13 US-Dollar täglich ausgebeutet wird.

Die Verwaltung des Gazastreifens ist dabei nicht besetzt, sie ist dem Wertgesetz unterworfen – mit eigener Lohnbildung, eigener Profitratenrechnung, eigener Kontrolle über Arbeitskraft. Wer hier von „Besatzung“ spricht, übernimmt eine bürgerliche Erzählung, welche die Verantwortung der palästinensischen Bourgeoisie für die Ausbeutung der Arbeiterklasse in ihrem Herrschaftsbereich verdeckt. Die palästinensische Bourgeoisie ist kein „Opfer“, sondern integraler Bestandteil des imperialistischen Weltsystems.

Die Vorstellung, man dürfe diesen Krieg der Bourgeoisie nicht „überlassen“, setzt bereits voraus, dass er ein legitimes Feld proletarischer Interessen sei – doch genau das ist eine Illusion, die nur zur ideologischen Integration ins Lager der Bourgeoisie führt: Der Krieg selbst ist bürgerlich – nicht nur in seiner Führung, sondern seinem gesamten Inhalt nach. Er dient nicht der Aufhebung des Kapitalismus, sondern der Stärkung der Profitraten der jeweiligen miteinander konkurrierenden Kapitalfraktionen. Daher gibt es für die Arbeiterklasse keine Interessen an diesem Krieg – er ist nicht Ausdruck ihres Kampfes, sondern ihrer Unterdrückung.

Du schreibst, es sei ein „Kurzschluss“, wenn der von der Bourgeoisie geführte Krieg als „bourgeois Projekt“ bezeichnet wird – schließlich seien doch auch Teile der Linken (wie PFLP oder DFLP) beteiligt, und auch das Proletariat selbst sei ja in den Widerstand involviert.

Tatsächlich aber entscheidet nicht die bloße Beteiligung, sondern der Klasseninhalt des Krieges über seine Einordnung: Wer führt ihn, welche Ziele werden verfolgt, wie verhalten sich die Produktionsverhältnisse dazu? Die

herrschende Klasse in Palästina führt diesen Krieg nicht um „Befreiung“ oder zum Wohle der „Palästinenser“, sondern zur Sicherung ihrer eigenen Kapitalinteressen innerhalb der imperialistischen Rangordnung. Die Arbeiterklasse wird dabei zersplittert, instrumentalisiert und aufgerieben – ideologisch untergeordnet unter bürgerliche Ziele.

Auch die Beteiligung von PFLP und DFLP beweist nicht das Gegenteil. Sie zeigt vielmehr, wie tief die palästinensische „Linke“ selbst in das Denkschema der Volksfront und des „nationalen Kampfes“ eingebunden ist – und wie wenig sie über eine eigenständige Klassenstrategie verfügt. Genau deshalb findet man auch wie Du festgestellt hast, in der weltweiten „linken“ Bewegung kaum Analysen über den palästinensischen Kapitalismus. Im Gegenteil: Es besteht in diesen Kreisen kein Interesse daran, weil das Feststellen kapitalistischer Verhältnisse in Palästina ja gerade die Charakterisierung des Gaza-Krieges als „Befreiungskampf“ entlarven würde.

Du fragst, ob das Proletariat nicht „ein ureigenes Interesse an der Befreiung von Besatzung“ habe. Unsere Antwort lautet: Nein. Die Arbeiterklasse hat ein Interesse an der Aufhebung des Kapitalismus – nicht an einem Wechsel des bürgerlichen Verwaltungspersonals. Sie kämpft nicht für die Durchsetzung von Nationalstaatlichkeit, sondern für den Sozialismus: für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, für die Aufhebung des Wertgesetzes, für die Planwirtschaft.

Die Strategie, erst „nationale Befreiung“, dann Sozialismus, hat stets zur Niederlage des Proletariats geführt. Sie ist der historische Kern der Volksfrontpolitik, die im Ergebnis die Arbeiterklasse unterdrückt hält und für die Profitraten der Bourgeoisie in imperialistische Kriege schickt. Auch im Gaza-Krieg ist der „palästinensische Widerstand“ – bei aller verständlicher Empörung über Israels Rolle im imperialistischen Krieg – nichts anderes als der Widerstand der palästinensischen Bourgeoisie, die mit der israelischen Bourgeoisie um die Aneignung der Öl- und Gasreserven des Levantinischen Beckens konkurriert. Dass sich die herrschenden Klassen beider Seiten an diesem Krieg bereichern, ist belegt. Die Arbeiterklasse hingegen verliert alles – und gewinnt nichts.

Gerade deshalb dürfen wir nicht in das ideologische Schema vom „gerechten Kampf eines unterdrückten Volkes“ zurückfallen. Es herrscht kein Kampf um „Befreiung“ vor – sondern ein imperialistischer Krieg.

Die Antwort der Kommunisten kann nur lauten: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Mit kommunistischen Grüßen, Tim Schoenmakers



